

DAS SCHEITERN VON BENEŠS VERMITTLUNGSDIPLOMATIE IM FRÜHJAHR 1924

Über die Probleme der Außenpolitik eines kleinen Staates*

Von Manfred Alexander

Der Ausgang des Ersten Weltkrieges hatte die europäische Landkarte verändert und bunter gestaltet: die traditionellen Großmächte Mittel- und Osteuropas waren geschlagen worden, und bei ihrem Zerfall entstand eine Reihe von Kleinstaaten¹. Während die Verfechter des untergegangenen Österreich-Ungarn den Verlust der Größe als unwiderruflich bedauerten, konnten die Befürworter der deutschen Großmacht hoffen, durch geduligen und zähen Widerstand gegen das System des „Diktatfriedens“ von Versailles zu neuer Größe aufzusteigen. Eben dies mußte aber den Vertretern der kleinen, z. T. neu entstandenen, z. T. wiedererstandenen Staaten als Bedrohung ihrer eigenen noch jungen Selbständigkeit erscheinen. Erhaltung und Sicherung des *status quo* wurde daher für die neuen Staaten zwischen den zahlenmäßig großen Völkern der Deutschen und Russen zum Prinzip ihrer Außenpolitik².

Die Sicherung der nationalen Existenz der kleinen Staaten war an eine Reihe von Faktoren gebunden, die sich aus negativen und positiven Elementen zusammensetzte. Als negative Elemente galten der augenblickliche Schwächezustand Rußlands und Deutschlands. Rußland, das durch die Revolution und den Bürgerkrieg, später durch innenpolitische Wirren, Interventionen und Hungersnöte aus dem Bereich der kalkulierbaren Größen ausgeschieden war, glaubte man in einem Übergangsstadium, das bald durch die Rückkehr zu konstitutionellen Verhältnissen beendet würde. Dem bolschewistischen System gegenüber hielten sich Polen und Rumänien für stark genug, die neu erworbenen Gebiete (im Frieden von Riga für Polen, Bessarabien für Rumänien) zu behaupten. Im Herzen Europas wurde Deutschland von der französischen Hegemonialpolitik auf den Knien gehalten, und wenn sein ökonomischer und politischer Zerfall auch für einige Staaten verhängnisvoll erscheinen mußte, so war mit dieser Schwäche für einige Jahre zu rechnen. Insbesondere die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen und die zweite Kapitulation Deutschlands in der Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr verdeutlichten die Situation, die für die kleinen Staa-

* Prof. Dr. Günther Stökl zum 60. Geburtstag gewidmet.

¹ Zum Problem der kleinen Völker vgl. Stökl, Günther: Die kleinen Völker und die Geschichte. HZ 212 (1971) 19–40.

² Zum Beispiel der Vorgeschichte und Herleitung der tschechoslowakischen Außenpolitik aus dem Ersten Weltkrieg Břach, Radko: To the Origins and the Beginnings of Czechoslovak Foreign Policy. Problems of Contemporary History. Prag 1968, S. 1–55.

ten Ostmitteleuropas, für ihr Selbstverständnis und für die Formulierung ihrer Außenpolitik, Konsequenzen haben mußte.

Als positive Elemente waren das neue Bündnissystem Frankreichs und die Organisation des Völkerbundes zu bezeichnen. Frankreich, das zunächst mit Großbritannien die Bewahrung des Versailler Friedenssystems übernommen hatte, galt als eine verlässliche Größe der europäischen Politik, auch wenn es die letzte Konsequenz, etwa die Garantie der Ostgrenze Polens und Rumäniens, lange vor sich her schob. England als zweite Großmacht war demgegenüber wesentlich problematischer; die weltweiten Verbindungen ließen sein Engagement auf dem europäischen Kontinent immer unsicher erscheinen; dazu weigerte es sich, die Territorialgewinne der siegreichen Kleinstaaten anzuerkennen und sah aus ökonomischer Vernunft die Schwäche der europäischen Mitte und Rußlands als vorübergehend an. Über diese beiden Fragen entbrannte zwischen London und Paris auf der Konferenz von Genua 1922 ein offener Streit³, der zugespitzt durch den Ruhrkonflikt 1923⁴ das Ende der *Entente cordiale* anzukündigen schien. So blieb nach dem freiwilligen Ausscheiden der USA aus der europäischen Politik als weitere westliche Großmacht noch Italien zu nennen, das seit der faschistischen Machtergreifung im Herbst 1922 als ein zwar schlecht kalkulierbarer, aber sicher im Wesen antifranzösischer Faktor einzustufen war.

Die zweiseitigen Verträge der ostmitteleuropäischen Staaten mit Frankreich wurden durch regionale Abkommen ergänzt. Die Kleine Entente, die Verbindung von ČSR, Rumänien und Jugoslawien gegen die Revisionsansprüche Ungarns, schloß Polen aus, weil Prag sowohl die Verquickung mit dem russisch-polnischen Grenzstreit als auch den Führungsanspruch der westslawischen Nachbarnation fürchtete. Eine polnisch-rumänische Absprache über eine gemeinsame Grenzsicherung bot nur einen schwachen Ersatz für Polens Fernbleiben von der Entente. Das Problem Polens, mit allen Anliegerstaaten außer Rumänien in offenem Grenzstreit zu liegen, machte seinen Bündniswert auch für Frankreich ungewiß⁵.

³ Hierzu ausführlich G a j a n o v á, Alena: La politique extérieure tchécoslovaque à la „question russe“ à la Conférence de Gênes. *Historica* 8 (1964) 135—176.

⁴ Vgl. vom Verf. Die Tschechoslowakei und die Probleme der Ruhrbesetzung 1923. *BohJb* 12 (1971) 297—336.

⁵ Der polnische Faktor in der Außenpolitik der ČSR tritt im folgenden in den Hintergrund, weil hier nur ein Teilaspekt der tschechoslowakischen Außenpolitik betrachtet werden kann. Vgl. zum Streit um Javorina und dessen Beilegung: W a n d y c z, Piotr S.: France and Her Eastern Allies. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno. Minneapolis/Minn. 1962, Kap. 10. — S z k l a r s k a - L o h m a n n o w a, Alina: Polsko-czechosłowackie stosunki dyplomatyczne w latach 1918—1925. Breslau-Warschau-Krakau 1967. — V a l e n t a, Jaroslav: Československo a Polsko v letech 1918 [Die Tschechoslowakei und Polen im Jahre 1918]. In: Češi a Poláci v minulosti. Bd. 2: Období kapitalismu a imperialismu. Prag 1967, S. 431—668. — B ř a c h, Radko: Francouzský alianční systém a Československo na počátku roku 1924 [Das französische Bündnissystem und die Tschechoslowakei zu Beginn des Jahres 1924]. *Historie a Vojenství* (1968) 1—21. — D e r s.: „Rusky problém“ v čs. zahraniční politice na počátku roku 1924 [„Das russische Problem“ in der tschechosl. Außenpolitik zu Beginn des Jahres 1924]. *ČSČH* 16 (1968) 1—28. — Zu französisch-polnischen Kontakten im Mai 1923 vom Verf. Zur Reise von Marshall Foch nach Warschau und Prag

Ein Faktor der Hoffnung für die kleinen Staaten war der Völkerbund. Hier glaubten sie ein Forum zu finden, wo ihre Interessen artikuliert und Schwierigkeiten ausgeräumt werden konnten. Es scheint kein Zufall, daß gerade aus den Reihen der kleinen Staaten bedeutende Politiker des Völkerbundes gekommen sind, von Venizelos, Ionescu und Titulescu zu Edvard Beneš. Die Verbindung von Staatsneugründung und Einrichtung der Demokratie legte die Hoffnung nahe, im Völkerbund ein übernationales Parlament zu finden, in dem nach dem Prinzip der innerstaatlichen Konfliktregelung auch ein außenpolitischer Interessenausgleich möglich schien.

Die Sicherung des *status quo* sollte auf zwei Wegen erreicht werden: durch das Bündnis mit Frankreich und durch die Unterstützung des Völkerbundes. Beides bedingte einander: erst das Bündnis mit Frankreich garantierte den kleinen Staaten ihre staatliche Integrität, und der Völkerbund wiederum machte eine gewisse Distanzierung von Frankreich möglich — ein Wechselverhältnis, das am Beispiel der tschechoslowakischen Außenpolitik des ersten Jahrfünfts nach den Pariser Friedensverträgen im folgenden aufgezeigt werden soll. Die Entstehung dieses Staates und seine aktuelle Sicherung verwiesen auf eine enge Verbindung mit Frankreich, die Interessengegensätze, die insbesondere aus der Deutschlandpolitik und dem französisch-italienischen Gegensatz im Donauraum resultierten⁶, ließen es auf der anderen Seite geraten sein, dieses Bündnis durch das Engagement im Völkerbund zu lockern. Die Interessen der Tschechoslowakei, die eine ökonomische Genesung Deutschlands und Österreichs ebenso erforderten wie eine Zurückweisung der imperialistischen Forderungen des Deutschen Reiches (Anschluß Österreichs, Minderheitenproblem), verboten eine Identifizierung mit der französischen Politik und erforderten ein Zusammengehen der westlichen Alliierten England und Frankreich, da mit dem dadurch bedingten Machtzuwachs des Verbündeten zugleich eine Mäßigung seiner Politik zu erwarten war. Das Grundproblem tschechoslowakischer Politik war daher der Versuch, diese Allianz über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg zu retten, gegenüber Deutschland eine Politik der Vernunft zu erreichen und ein System der kollektiven Sicherheit anzustreben, das einer einseitigen Bindung an Frankreich vorzuziehen war.

Dieses Grundmuster erscheint der Außenpolitik eines Kleinstaates gemäß; es entsprach dem Versuch, nationale Interessen im Ausgleich mit dem unmittelbaren Nachbarn zu verteidigen, gleichzeitig von einem überlegenen Staat die außenpolitische Stellung und Integrität garantiert zu erhalten und abseits einer Blockbildung genügend Spielraum für eine selbständige Politik zu behaupten. Sicherheit sollte keine Alternative zu Selbständigkeit werden; den Bewegungsspielraum der eigenen Politik galt es gegen den Gegner wie gegen den Freund zu behaupten.

im Frühjahr 1923. BohJb 14 (1973) 289—319. — Neu zum Problem der Kleinen Entente mit besonderem Akzent auf der rumänisch-russischen Problematik, vgl. J a z ' - k o v a, Alla Sergeevna: Malaja Antanta v evropejskoj politike. 1918—1925 [Die Kleine Entente in der europäischen Politik]. Moskau 1974.

⁶ Diese Frage steht im Zentrum der Arbeit von G a j a n o v á, Alena: ČSR a středoevropská politika velmocí [Die ČSR und die mitteleuropäische Politik der Großmächte] (1918—1938). Prag 1967.

ten. Die Außenpolitik wurde zu einer Gratwanderung zwischen diesen beiden Problemen; Verlauf und Zielrichtung dieser Politik, die am Beispiel der Aktivitäten des tschechoslowakischen Außenministers Beneš in den kritischen Monaten der Jahre 1923 und 1924 verfolgt werden soll, können mit dem Begriff „Vermittlungsdiplomatie“ umschrieben werden.

Zu den *forces profondes* der außenpolitischen Beziehungen rechnet Pierre Renouvin objektive Faktoren wie Geographie, Bevölkerung, Wirtschaft und Nationalgefühl, und Jean-Baptiste Duroselle ergänzt dies durch die den Staatsmann bestimmenden Faktoren⁷. Zu beachten bleiben darüber hinaus zwei gerade für die ČSR wesentliche Gesichtspunkte: der Faktor Zeit, der sich in der Erfahrung der handelnden Staatsmänner konkretisiert, und die Ideologie, die für die außenpolitische Orientierung insgesamt und für die Entscheidung im Einzelfall von Bedeutung sein kann⁸. Geringe Erfahrung — hier bezogen auf das politische Geschäft — wird gerade der Ideologie einen breiteren Raum gewähren als bei Staaten mit langer Tradition im außenpolitischen Bereich. Dies trifft auf die revolutionären Hoffnungen der Anfänge des bolschewistischen Rußlands ebenso zu wie auf die idealistische, sich in ihren Äußerungen realistisch gebende Außenpolitik der ČSR in den ersten Jahren.

Die Grundlagen dieser Politik gehen auf zwei Männer zurück: den Professor für Philosophie und Soziologie Thomas G. Masaryk und auf Dr. Edvard Beneš, der seinem Präsidenten über alle Kabinetts- und Ministerwechsel hinweg als Außenminister diente. Das enge Verhältnis beider so unterschiedlichen Männer bedarf noch einer genauen Analyse⁹; aus ihren Memoiren und aus der praktischen Politik beider geht jedoch hervor, daß sich hier von zwei sehr verschiedenen Mentalitäten aus die Zusammenarbeit erfolgreich gestaltete und Grundlage einer erstaunlichen Kontinuität in der Politik wurde¹⁰. Die Rollenverteilung war klar: beide stimmten in ihren Grundeinsichten über Politik, über Demokratie und Zusammenleben der Völker überein; aber Beneš übernahm die Umsetzung dieser theoretischen Prinzipien in die politische Praxis, während Masaryk sie mit seiner Autorität in der Innenpolitik seines Staates gegen die Interessenvertreter behauptete¹¹.

Übereinstimmend war auch der moralisierende Zug in beiden Personen. Nahm man dies dem alten Professor für Philosophie ab¹², so war dieser Aspekt der

⁷ Renouvin, Pierre / Duroselle, Jean-Baptiste: *Introduction à l'histoire des relations internationales*. Paris 3/1970.

⁸ Frankel, Joseph: *Die Außenpolitische Entscheidung*. Köln 1959, Kap. 8—11, besonders S. 178 f.

⁹ Dazu jetzt Hoensch, Jörg K.: *Die ‚Burg‘ und das außenpolitische Kalkül*. In: *Die ‚Burg‘. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš*. Bd. 2. München-Wien 1974, S. 31—57.

¹⁰ Masaryk, Thomas G.: *Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen*. 1914—1918. Berlin 1925. — Beneš, Edvard: *Der Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die tschechoslowakische Revolution*. Berlin 1928. — Machovec, Milan: *Thomas G. Masaryk*. Graz-Wien-Köln 1969, S. 312.

¹¹ Vgl. vom Verf. *Die ‚Burg‘ und die Deutschen*. In: *Die ‚Burg‘ II*, 59—77.

¹² Vgl. die Hauptthese bei Machovec von der gelebten Idee der Wahrhaftigkeit.

Person von Beneš, dem das Charisma eines Masaryk fehlte, vielen im In- und Ausland ein Ärgernis¹³. Auf der anderen Seite war dieser moralische Antrieb eine der wesentlichen Voraussetzungen seiner Vermittlungsdiplomatie der ersten Nachkriegsjahre. Das Bewußtsein der tschechischen Sendung für die Durchsetzung von Demokratie im innerstaatlichen und im internationalen Rahmen prägte seine Politik¹⁴. Der Völkerbund schien der rechte Rahmen für diese Aktivität¹⁵. Erst im Verlauf der Krisen und in vielen Enttäuschungen mußte Beneš einsehen¹⁶, daß der moralische Appell des Vertreters eines Kleinstaates in der Politik nicht ausreichte, wenn die Großmächte ihre Interessen rücksichtslos durchsetzten; dies galt für England in der Ablehnung der Garantieverprechen Frankreich gegenüber, für Frankreich in der gefährlichen Ruhraktion und für das faschistische Italien z. B. im Korfu-Zwischenfall 1923¹⁷.

Ein zweiter gemeinsamer Grundzug beider Personen war das Verständnis für die spezifische geographische Lage und die dadurch bedingte geschichtliche Aufgabe der tschechoslowakischen Republik. Masaryk hat mehrfach von der Mittellage seines Volkes zwischen Ost- und Westeuropa gesprochen, Beneš bezog gar den Terminus „Mitteleuropa“ manchmal fast ausschließlich auf seinen Staat¹⁸. Für das Weltbild des ersten tschechoslowakischen Präsidenten war die Spannweite zwischen angelsächsischer Kultur, die ihn im Denken geprägt hatte, und Rußland, mit dessen Geschichte er sich als Wissenschaftler u. a. beschäftigte, kennzeichnend. Deutschlands Stellung und deutsche Kultur waren darin verzerrt, wie

¹³ Dies führt besonders der damalige tschechoslowakische Gesandte in Rom an: Kybal, Vlastimil: *Czechoslovakia and Italy: My Negotiations with Mussolini*. Part I. 1922—1923. JCEA 13 (1953/54) 352—368. Zur Kritik von Benešs Haltung gegenüber Mussolini vgl. S. 363, 365 und 367: „Here was a viewpoint appropriate for a dogmatic ideologist but not for a true statesman, nor was it ever approved either by the Prague Parliament or by the Czechoslovak People.“ Aus den deutschen Akten des Auswärtigen Amtes lassen sich dazu zahlreiche Belege aufführen.

¹⁴ Vgl. Machovec 315. — Beneš, Eduard: *Problémy nové Evropy a zahraniční politika Československá*. Projevy a úvahy z r. 1919—1924 [Probleme des neuen Europa und die Außenpolitik der Tschechoslowakei. Äußerungen und Betrachtungen aus den Jahren 1919—1924]. Prag 1924, S. 197 f.; S. 282 (aus der Rede vom 6. Februar 1924): „Wir wissen, daß es zwischen den Völkern Gegensätze der Interessen und Anschauungen gibt und geben wird, aber wir wünschen, daß sie auf demokratische Weise gelöst werden, d. h. durch Übereinkommen und Widerstreit der Gedanken, der Argumente, des Verstandes und überhaupt durch Methoden, die dem Geist der Humanität entspringen.“ Ders.: *Zahraníční politika a demokracie. Problémy a metody naší zahraniční politiky* [Außenpolitik und Demokratie. Probleme und Methoden unserer Außenpolitik]. Prag 1923, S. 20 ff. — Břach: *To the Origins* 32 ff. und 37: „This compromise [i. e. Idealismus und realistische Einschätzung der Lage] of principles and tactics with Czechoslovakia applied also in other international spheres was termed by Beneš 'idealistic realism'.“

¹⁵ Vgl. die Äußerung Masaryks in der ersten Botschaft als Präsident, zitiert bei Machovec 253 und 314 ff.

¹⁶ Ebenso Masaryk, Machovec 332 f.

¹⁷ Kybal 364.

¹⁸ Eine exakte Begriffsbestimmung fehlt bei ihm; in seiner Rede vom 6. Februar 1924 zählt er die Staaten der Kleinen Entente, Österreich und Ungarn sowie Polen dazu, das er sonst ausläßt; *Problémy* 284 f.

man vermuten kann, wegen der Tradition des gegen die Deutschen erlangten tschechischen Selbstbewußtseins und infolge der Weltkriegspropaganda. Für die praktische Politik, die in das Ressort von Beneš fiel, folgerte daraus die Vermittlung zwischen dem Westen und Rußland. Da aber die revolutionäre Umgestaltung durch die Bolschewiki kaum als dauerhaft angesehen wurde, blieb man auch hier offen zwischen den Fronten: im Lande durften sich die Emigranten frei entfalten bis zur Gründung einer eigenen Universität, nach außen versuchte Beneš schon früh Kontakte mit Moskau anzuknüpfen, die jedoch aus Gründen parteipolitischer Gegnerschaft nicht zu diplomatischen Beziehungen gediehen¹⁹.

Das Bewußtsein der staatlichen Kleinheit²⁰ — bei den Tschechen wie bei wenigen anderen kleinen Völkern reflektiert —, der Beschränktheit der Ressourcen, der prekären geographischen Lage, der fehlenden Tradition im Konzert der europäischen Mächte, der innenpolitischen Situation mit dem großen Gewicht der Minderheiten, der Spannung zwischen sprachlicher Zuordnung der Tschechen nach Osten und geistiger Orientierung nach Westen — all dies lag der Konzeption der tschechoslowakischen Außenpolitik zugrunde und legte ein bestimmtes Vorgehen nahe, sofern man in Prag überhaupt eine aktive Außenpolitik gestalten wollte²¹.

Daß man aber eine aktive Außenpolitik betrieb und sich nicht etwa mit der innerstaatlichen Konsolidierung begnügte, kann zum größten Teil aus der Erfahrung des Weltkrieges erklärt werden²². Selten ist eine nationale Befreiungsbewegung so erfolgreich in der Durchsetzung ihrer Ziele gewesen, obwohl 1914 kaum zu erwarten war, daß die beiden Exilpolitiker Masaryk und Beneš, zusammen mit der schillernden Persönlichkeit von Štefánik, ihre Ziele eindeutig und zugleich unblutig verwirklichen würden. Die Erfahrung mit der Propaganda, mit dem Memorandenschreiben und dem Antichambrieren aber regte zur Fortsetzung dieser erfolgreichen Bemühungen nach dem Kriege an²³. Die Stellung des Präsidenten deckte dabei die auswärtige Tätigkeit von Beneš, so daß innenpolitische Bremsversuche seiner parteipolitischen Gegner meist erfolglos blieben²⁴. Da ein Wechsel im Amt des Außenministers ausblieb und die Möglichkeit einer Neuorien-

¹⁹ Zur staatlichen Unterstützung der russischen Emigration in der ČSR vgl. Olivo v á, Věra: Československo-sovětské vztahy v letech 1918—1922 [Tschechosl.-sowjet. Beziehungen in den Jahren 1918—1922]. Prag 1957, S. 303 f. — Die s.: Die russische Linie der tschechoslowakischen Außenpolitik (1918—1938). In: Die Entstehung der tschechoslowakischen Republik und ihre international-politische Stellung. Zum 50-jährigen Gründungsjubiläum der ČSR. Acta Universitatis Carolinae. Philosophica et Historica 2—3. Prag 1968, S. 163—182. — B ř a c h : „Ruský problém“.

²⁰ Man denke an die tschechische Tradition von Kollár bis Masaryk, M a c h o v e c passim, B ř a c h : To the Origins 35 ff.

²¹ Zur Konzeption der tschechoslowakischen Außenpolitik vgl. G a j a n o v á : La politique extérieure. — Die s.: Entstehung und Entwicklung der internationalen Beziehungen der ČSR. In: Die Entstehung 135—161. — B ř a c h : To the Origins 29 erklärt eine tschechoslowakische Neutralität angesichts der geographischen Lage für unmöglich.

²² Hierzu ausführlich: B ř a c h : To the Origins, bes. 25 ff.

²³ Vgl. die Belege zu Beneš Arbeits- und Führungsstil bei H o e n s c h : „Die Burg“.

²⁴ Seine Rußlandpolitik wurde jedoch von Masaryk stark beeinflusst, H o e n s c h : „Die Burg“ 53.

tierung der tschechoslowakischen Außenpolitik nur aus wachsender Erfahrung durch die Ereignisse der Zeit zu erwarten war, erwarb diese Außenpolitik den Ruf der Stetigkeit und einer gewissen Betriebsamkeit²⁵. Andererseits bewirkte sie auch ein Gewicht der Person von Beneš, das der tatsächlichen Macht seines Landes nicht entsprach. Dies wiederum machte es schwer, eine solch erfolgreiche, aktive außenpolitische Betätigung einzuschränken. Die defensive Grundhaltung der tschechoslowakischen Außenpolitik wurde auf diese Weise in aktiver Mitgestaltung der europäischen Politik verwirklicht.

Anlässe zu einer aktiven tschechoslowakischen Außenpolitik gab es in der zweiten Jahreshälfte 1923 viele. Im Anschluß an den Besuch von Marschall Foch in Prag²⁶ und nach außen als Vorbereitung einer Reise des Präsidenten Masaryk in die westlichen Hauptstädte deklariert, reiste Beneš im Juli 1923 nach Paris, Brüssel und London²⁷. Fünf Themenkreise standen auf dieser Reise im Zentrum der Gespräche: die Ruhrbesetzung, der Versuch einer Annäherung des englischen und französischen Standpunktes, in dessen Zusammenhang u. a. auch eine Auslandsanleihe zur Stützung der Währung seines Landes zur Debatte stand; das französisch-tschechoslowakische Verhältnis nach dem Besuch von Foch in Prag, in dessen Verlauf Frankreich auf den Abschluß eines tschechoslowakisch-französischen Allianzvertrages gedrängt hatte²⁸; die Frage eines Völkerbundsratsitzes für Beneš als den Vertreter der Kleinen Entente und schließlich das Problem des europäischen Garantiepaktes und der Abrüstung im Rahmen des Völkerbundes sowie das Problem der ungarischen Anleihe²⁹. Nur im vierten Punkt konnte Beneš jedoch einen sichtbaren Erfolg verbuchen; denn nachdem er auf der Konferenz der Kleinen Entente in Sinaia (Rumänien) die Unterstützung von Jugoslawien und Rumänien erhalten hatte³⁰, wurde er am 29. September 1923 als nicht-ständiger Vertreter in den Völkerbundsrat gewählt. In der Frage des Völkerbundgarantiepaktes konnte er mit seiner Rede vor der Vollversammlung am 29. September zwar einen persönlichen Erfolg erringen³¹, nachhaltiger auf die

²⁵ Den Vorwurf der „Betriebsamkeit“ machten ihm auch Polen und Jugoslawen, vgl. PA (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn), Koch an AA (Or.), Prag 12. XI. 1922, Ts 3939 (L 142161 ff.), Po 3 Js-Fr.; psychologische Motive wie „Wichtigtuerei“, die Koch vermutet, können hier nicht belegt werden: vgl. PA, Koch an StS. (Or.), Prag 15. VI. 23, Ts 2209, Po 6, 1 A. Ts.

²⁶ Vgl. vom Verf.: Zur Reise von Marschall Foch.

²⁷ Beneš traf am 9. Juli 1923 Poincaré in Paris, am 14. Juli Lord Curzon in London, am 16. Juli Präsident Millerand in Paris und am 19. Juli den Außenminister Jaspar in Brüssel, *Zahraniční Politika* 1923, S. 1015 ff.

²⁸ Olivoá, Věra: Československá diplomacie v době rurské krise roku 1923 [Die tschechosl. Diplomatie in der Zeit der Ruhrkrise im Jahre 1923]. ČSČH 6 (1958) 59–70, hier 64 f.

²⁹ Das Ungarnproblem bleibt hier weitgehend außer Betracht, vgl. dazu Gajánová: ČSR a středoevropská politika velmocí.

³⁰ Zum Verhältnis Polen-Tschechoslowakei, das auf der Konferenz von Sinaia einen neuen Tiefpunkt erreicht, vgl. Wandycz 286 f., ferner die abschließende Beurteilung durch das deutsche AA: PA, Aufz. Berlin 20. VIII. 23, zu Ts 2960 (K 118384 f.), Po 4, 5 Kl. E., dagegen die magere Erklärung von Beneš selbst: Problémy 263.

³¹ Wandycz 295.

Geschichte des Völkerbundes wirkte hingegen die Weigerung Mussolinis, den Völkerbund in den griechisch-italienischen Streit um Korfu einzuschalten³². In der Reparationsfrage³³ und im englisch-französischen Gegensatz waren die Vermittlungsversuche Beneš³⁴ gescheitert. Somit war der Ausgang der Sondierungsgespräche für die geplante Reise Masaryks in die westlichen Hauptstädte kein gutes Vorzeichen.

Da der tschechoslowakische Staatspräsident angesichts der Ruhrbesetzung keinen Prestigezuwachs für Poincaré gewünscht hatte³⁵, schien es vorteilhaft, daß zum Zeitpunkt seiner Reise durch den französischen Sieg im Ruhrkonflikt dieses Problem bereits entschärft war, weil Frankreich nunmehr vielleicht zu einem Entgegenkommen in seiner Deutschlandpolitik bewegt werden konnte. Masaryk, der mit Sorge die in Deutschland wachsenden Unruhen von links (Sachsen, Thüringen, Hamburg) und rechts (Bayern) betrachtete, lag es am Herzen, Poincaré zu einer Stützung der demokratischen Kräfte in Deutschland zu bewegen, da er glaubte, daß nur eine entgegenkommende Haltung von Paris den Fortbestand der Demokratie in Deutschland sichern konnte³⁶.

³² Nach der Ermordung einer fünfköpfigen italienischen Kommission zur Festlegung der griechisch-albanischen Grenze am 27. August 1923 ließ Mussolini am 30. August die Insel Korfu besetzen. Eine Einschaltung des Völkerbundes lehnte er am 3. September zunächst ab; auf Drängen des Völkerbundsrates nahm Griechenland die italienischen Bedingungen schließlich an, worauf Italien am 27. September die Insel wieder räumte. *Zahraniční Politika* 1923, S. 1175, 1329, 1406.

³³ Zum Problem der Reparationen, an denen die ČSR insofern unmittelbar interessiert war, als der Staat zwar als Siegerstaat galt, aber dennoch einen Großteil der Reparationslasten Österreich-Ungarns zu tragen hatte, vgl. Melc, C.: *Vývoj reparační otázky* [Die Entwicklung der Reparationsfrage]. *Zahraniční Politika* (1922) 1315—1320, 1389—1393, 1476—1482, 1542—1548. — Fiša: *Reparační otázka* [Die Reparationsfrage]. *Zahraniční Politika* (1923) 1185—1192, 1340—1352, 1494—1503. — Zika, Oskar: *Finanční důsledky mírových smluv pro Československo* [Die finanziellen Folgen der Friedensverträge für die Tschechoslowakei]. *Zahraniční Politika* (1922) 446—451, 573—577, 653—657, 733—738, 944—955. — *Přehled hospodářského vývoje Československo v letech 1918—1945* [Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung der Tschechoslowakei in den Jahren 1918—1945]. Hrsg. von R. Olšovský, V. Průcha, H. Gebauerová, A. Prážský, A. Dobrý, J. Faltus. Prag 1963, S. 127 ff.

³⁴ Olivová: *Československá diplomacie 64* zitiert aus den tschechoslowakischen Akten einen Bericht vom 25. Juli 1923: „Als Ziel der Reise ist ebenfalls eine ‚Vermittlungsaktion‘ ausgewiesen. In dem Bericht heißt es, daß ‚es sich um Dinge handelt, in denen wir vorwärts kommen müssen, wo wir unser Interesse bedroht sehen‘. In gleicher Weise forderte diese Vermittlungsaktion eine besondere Vorsicht und Geduld von Beneš, denn ‚ein kleiner Staat muß sich in solchen Dingen immer sehr in Acht nehmen‘.“ Der polnische Gesandte in Paris, Zamoyski, berichtete dann auch am 13. Juli 1923 nach Warschau über eine Verärgerung der Franzosen, Wandyecz 285.

³⁵ Břach: *Francouzský alianční systém* 3.

³⁶ In einem Gespräch mit Koch äußerte Beneš seine Besorgnis über die monarchische Bewegung in Bayern: „Er könne mir auch heute nur wiederholen, daß das jetzige Regime und das jetzige Kabinett [in Deutschland, M. A.] von der Tschechoslowakei keinerlei Feindseligkeit, auch keinerlei Erschwernisse zu gewärtigen haben, gegenüber einer etwa von Süddeutschland ausgehenden Restauration müsse freilich jede Stellungnahme vorbehalten bleiben, ebenso gegenüber jeder Ingerenz in österreichische Verhältnisse.“ PA, Koch an AA (Or.), Prag 8. X. 23, Ts 3578 (L 120440 f.), Po 2, 4 Ts.

Als Masaryk und Beneš am 16. Oktober 1923 nach Paris fuhren, rechneten sie mit dem französischen Wunsch nach Abschluß eines französisch-tschechoslowakischen Freundschafts- und Allianzvertrages, der auch eine weitgehende Zusammenarbeit im militärischen Bereich begründen sollte³⁷. In dieser Frage war die tschechoslowakische Außenpolitik in den letzten Monaten sehr zurückhaltend gewesen, mußte doch der Abschluß eines solchen Vertrages für Frankreich eine Stärkung bedeuten, so wie er umgekehrt die tschechoslowakische Position schwächte und Prag günstigenfalls zu einem Juniorpartner Frankreichs machte³⁸. Das Hinauszögern der Entscheidung dagegen bot die Möglichkeit, auf Paris einen gewissen Druck auszuüben, in anderen, die ČSR berührenden Problemen einen entgegenkommenden Standpunkt einzunehmen³⁹. Beneš unterstrich die Diskrepanz zwischen dem äußeren Glanz des Empfanges des Staatspräsidenten in Paris⁴⁰ und den mühsamen Verhandlungen in einem Bericht nach Prag: „Man verhandelte auf Grund der ursprünglichen Pariser Pläne. Wir waren bemüht, sie davon zu überzeugen, daß diese Pläne überflüssig sind und daß Militärvereinbarungen schaden würden. Unser Standpunkt fand bei Millerand volle Anerkennung. Poincaré beharrt bei seiner Ansicht, wir konnten aber unsererseits folgendes durchsetzen: 1. Kein Militärvertrag. 2. Der Meinungsaustausch hinsichtlich eines politischen Vertrages soll fortgesetzt werden“⁴¹. Die Reise nach London und der dortige lange Aufenthalt⁴² belegen, daß Prag seine Stellung zwischen Paris und London

³⁷ Äußerungen des České Slovo, das mit dem Abschluß einer Konvention rechnete, s. PA, Koch an AA (Or.), Prag 27. IX. 23, Ts 3460 (L 140605), Po 3 Fr-Ts; Anfrage Köpke in Paris und Prag: Berlin 29. IX. 23 (Konz.) zu Ts 3391 (L 140601), Po 3 Fr-Ts. — G a j a n o v á : ČSR a středoevropská politika 147 f., zitiert ein Geheimpapier, das die Vorstellungen der französischen Militärs ausdrücken sollte.

³⁸ „Dr. Beneš hat trotz seiner Frankophilie bisher stets betont, die Tschechoslowakei halte sich an die Entente *als Ganzes*. Die Lockerung des Gefüges der Großen Entente, das passive Verhalten Englands, das militärische Übergewicht Frankreichs lassen eine weitere Anlehnung der Tschechoslowakei an Frankreich voraussehen.“ PA, Koch an AA (Or.), Prag 2. X. 23, Ts 3461 (L 140607 ff.), Po 3 Fr-Ts. In einem anderen Bericht heißt es: „Jedenfalls werden Masaryk und Benesch in Paris keinen leichten Stand haben, wenn sie ohne Bindung auf ihrer Seite und ohne Verstimmung auf französischer Seite davonkommen wollen. Der erste Angriff Föchs in Prag wurde seinerzeit mit Geschick abge schlagen; in der Pariser Luft wird ein solcher Erfolg ungleich schwieriger sein . . . Alles in allem die Gefahr einer — naturgemäß in erster Linie gegen Deutschland gerichteten — Militärkonvention zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei besteht. Der Käufer verläßt zuweilen den Laden mit größeren Einkäufen, als er beim Eintritt beabsichtigt hatte.“ PA, Koch an AA (Or.), Prag 15. X. 23, Ts 3610 (L 140613 ff.), Po 3 Fr-Ts.

³⁹ Dazu gehört auch das polnisch-tschechoslowakische Verhältnis und der Streit um Javorina; Beneš erlangte die französische Unterstützung bei seiner Kandidatur in den Völkerbundsrat gegen den polnischen Kandidaten Skirmunt; Zahranicní Politika (1923) 1295 und 1445 ff. — W a n d y c z 286 ff.

⁴⁰ Ein ausführlicher Bericht über den glanzvollen Empfang, der nach Meinung des Berichterstatters die Gäste vielleicht „mürbe“ machen sollte, s. PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 20. X. 23, Ts 3644 (L 120446 ff.), Po 2, 4 Ts; ebendort die Enttäuschung über das Verhalten der „Hussiten“. Die Broschüre: President Masaryk in Paris, Brussels and London in October 1923. Prag 1923, konnte nicht beschafft werden.

⁴¹ G a j a n o v á : Entstehung 150.

⁴² O l i v o v á : Československá Diplomacie 65 f. Masaryk war am 20. Oktober 1923 in

und keineswegs als Paris untergeordnet sah. Ausdruck dieser Haltung war auch, daß Beneš in London Lord Curzon ein vertrauliches Memorandum zustellen ließ, das „von aufrichtiger Freundschaft zu Frankreich wie zu England diktiert war“⁴³, jedoch eine deutliche Verurteilung der französischen Deutschlandpolitik enthielt⁴⁴. Mochte dies auch die vordergründige Bedeutung gehabt haben, das latente Mißtrauen der englischen Regierung der Prager Politik gegenüber abzuschwächen, so paßte es gut zur Gesamtkonzeption der tschechoslowakischen Außenpolitik. In der Methode der vertraulichen Memoranden griff Beneš im übrigen auf das Arsenal seiner Propagandatätigkeit im Weltkrieg zurück.

Insgesamt war das Ergebnis der Reise mager. In der Sache gab es keine Fortschritte: die englisch-französischen Spannungen bewegten sich einem neuen Höhepunkt zu; die französische Deutschlandpolitik wurde nicht gemildert, im Gegenteil drohte durch die Unterstützung der Separatistenbewegungen und die Verurteilung der Rückkehr des ehemaligen deutschen Kronprinzen ins Deutsche Reich eine neue Verschärfung⁴⁵; in der Frage der tschechoslowakischen Anleihe war London fest geblieben, diese von einer Milderung der Prager Haltung Ungarn gegenüber abhängig zu machen⁴⁶. Die französische Regierung war über den Mißerfolg enttäuscht, was auch in der Haltung der französischen Presse zum Ausdruck kam⁴⁷. Von einer Reise des französischen Präsidenten Millerand nach Prag, die zuvor mit großem Aufwand diskutiert worden war, sprach nun niemand mehr⁴⁸.

In der Beurteilung der Reise durch das Auswärtige Amt in Berlin war die Befriedigung über den fehlenden Erfolg der Reise von Masaryk und Beneš unverkennbar⁴⁹. Allerdings sah man in den stark antideutschen Äußerungen von Masaryk in öffentlichen Reden eine Annäherung zwischen Prag und Paris: „Die Gründe für diese Annäherung, die vom Standpunkt der deutschen Politik ernste Beachtung verdient, liegen in der Entwicklung der politischen Ereignisse außer-

Brüssel und traf am 21. Oktober in London ein; am 27. Oktober fuhr er nach Prag zurück; *Zahraniční Politika* (1923) 1552 ff.; über den kühlen Empfang in Brüssel s. PA, Roediger an AA (Or.), Brüssel 22. X. 23, Ts 3674, Po 3 Bel-Ts.

⁴³ So wörtlich *Olivová: Československá diplomacie* 66.

⁴⁴ Beneš hatte sich in London in einem für Deutschland durchaus wohlwollenden Sinne geäußert und die Ruhrpolitik für die Verhältnisse in Deutschland verantwortlich gemacht. Er warnte vor einer Abtrennung Bayerns vom Reich und befürchtete für diesen Fall ein Zusammengehen Bayerns mit Ungarn. „Mein Gesprächspartner versichert mir, daß Beneš von Frankreich sehr stark abgerückt sei und dies auch hier offen zum Ausdruck bringe.“ PA, Sthamer an AA (Or.), London 25. X. 23, RM 2490/ Ts 3887, RM 39, 1.

⁴⁵ *Olivová: Československá diplomacie* 66; vgl. d'Abernon, Viscount Edgar Vincent: Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren, Bd. 2 (Tgb.-Aufz. vom 25. X. 1923).

⁴⁶ *Gajanová: Entstehung* 154 ff.

⁴⁷ Siehe den Bericht von Hoesch in Anm. 40.

⁴⁸ PA, Koch an AA (Or.), Prag 1. XI. 23, Ts 3788 (L 140630 ff.), Po 3 Fr-Ts.

⁴⁹ PA, Runderlaß Maltzan (Konz.), Berlin 3. XI. 23, zu Ts 3758 (L 140625 ff.), Po 3 Fr-Ts.

halb und innerhalb Deutschlands im Laufe des Sommers“, hieß es in einem Rund-
erlaß des Staatssekretärs von Maltzan⁵⁰.

In seinem Exposé vom 30. Oktober 1923 vor dem Auswärtigen Ausschuß des
tschechoslowakischen Parlaments faßte Beneš seine Vorstellungen von den Grund-
lagen und Zielen der tschechoslowakischen Außenpolitik zusammen, ohne auf die
Reise selbst ausführlich einzugehen⁵¹. Greifbare Aussagen vermeidend, ließ er die
Ereignisse seit seiner Juli-Reise in allgemeinen Formulierungen Revue passieren
und verweilte nur beim Deutschlandproblem ausführlicher⁵². Die innenpolitische
Entwicklung in Deutschland fand er besorgniserregend, versprach aber Neutrali-
tät, wenn die Grenzen unangetastet blieben. Die Zukunft sah er pessimistisch,
denn er erwartete keine auswärtige Hilfe für Deutschland. Über die Reise nach
Frankreich bot er keine neuen Informationen. Die Erwähnung, daß nach den Ver-
trägen mit anderen Staaten nun noch Verträge mit Frankreich und England aus-
stünden, leitete über zu der Feststellung, daß eine Änderung des derzeitigen Zu-
standes „mehr als natürlich“ sei⁵³, weil Frankreich die Friedensverträge sichere
und zwischen beiden Staaten keine Probleme existierten. „Ich kann heute viel-
leicht sagen, daß kein großer Verbündeter die ČSR so unterstützt hat, wie Frank-
reich dies in all unseren politischen Schwierigkeiten der Kriegs- und Nachkriegs-
zeit getan hat“, und weiter: „Ein direktes Vertragsverhältnis zu schaffen, würde
daher einfach bedeuten, die bisherige Wirklichkeit in eine Rechtsformel zu klei-
den“⁵⁴. „Allerdings habe die ČSR nie eine militaristische Politik betrieben, und
ferner dürften die Beziehungen zu Frankreich nicht jene zu England stören. Die
kritische Note, die darin gegen die französische Politik enthalten war, überspitzte
Koch in der Formulierung: „Was man versucht zu übersetzen: in bösen Tagen er-
hoffen wir Schutz von Frankreich, in guten wirtschaftliche Unterstützung von
England“⁵⁵.

Das Verhältnis zur Sowjetunion wurde in dem Exposé nur ganz kurz ange-
sprochen. Beneš erklärte seine Politik gegenüber dem „gegenwärtigen Rußland“
und der Emigration in seinem Lande als „Arbeit für die Zukunft“, und in der
Zukunft hoffte er ein ähnliches Verhältnis zu Rußland zu finden, wie er es zu
Frankreich erreicht hatte⁵⁶. Die vagen Formulierungen weckten bei Koch den
Verdacht, daß Beneš zwischen Frankreich und Rußland die Rolle eines Binde-
gliedes spielen wollte⁵⁷. Mochte dies auch noch in weiter Ferne liegen, so ahnte

⁵⁰ E b e n d a.

⁵¹ B e n e š : Problémy 261—277.

⁵² Der Text ist sachlich und knapp und ohne die sonst bei ihm üblichen philosophischen
Erörterungen abgefaßt; vgl. Koch: „Während sich Benesch sonst als Meister der unbestimmten,
vieldeutigen, philosophisch verbrämten Ausdrucksweise zeigte, gibt er sich
diesmal bestimmter, klarer, konkreter, schlichter. Es scheint, daß der noch nicht vierzig-
jährige Mann im beständigen Verkehr mit den Staatsmännern der kleinen und großen
Entente wächst“; PA, Koch an AA (Or.), Prag 3. XI. 23, Ts 3856 (L 122546 ff.), Po 3
Po-Ts.

⁵³ B e n e š : Problémy 295.

⁵⁴ E b e n d a 296.

⁵⁵ Koch, vgl. Anm. 52.

⁵⁶ B e n e š : Problémy 276.

⁵⁷ Vgl. Anm. 52.

Koch, daß zwischen Frankreich und der ČSR Verhandlungen im Gange seien, die „in einiger Zeit zu einem Abkommen zwischen beiden Staaten führen werden“.

Die Gründe, warum Beneš im Dezember 1923 im Zusammenhang mit der Völkerbundsratssitzung in Paris⁵⁸ in zähen Verhandlungen mit Poincaré einen Vertrag aushandelte, der dann mit Datum von 25. Januar 1924 verkündet wurde, sind mannigfach. Vier Punkte scheinen dafür maßgebend gewesen zu sein, daß Beneš nunmehr den französischen Wünschen nachgab: die innenpolitische Situation in Deutschland, in deren Zusammenhang die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm nach Deutschland eine gewisse Rolle spielte; die Wahlen in Großbritannien und der in seinen Auswirkungen noch unübersehbare Erfolg der Labour-Party, drittens der Versuch der französischen Regierung, durch eine Festigung und Straffung ihres Bündnisses mit den ostmitteleuropäischen Staaten die Hand für eine Neubewertung des Verhältnisses zu Deutschland und zur Sowjetunion frei zu bekommen, und viertens schließlich die Probleme der tschechoslowakischen Schulden⁵⁹.

Der Kronprinz Wilhelm hatte bereits im August 1923 an die Reichsregierung den Antrag gerichtet⁶⁰, ihm für eine Wiedereinreise nach Deutschland einen Paß auszustellen. Neben den rechtlichen Bedenken, einem deutschen Staatsbürger einen deutschen Paß zu verweigern, sprach für eine Bewilligung auch die Anteilnahme des damaligen Reichskanzlers Stresemann am Schicksal Wilhelms⁶¹. Es war dann auch dessen Fürsprache zu verdanken, daß das Reichskabinett am 24. Oktober beschloß, Wilhelm einen Paß auszustellen⁶². Die Reaktion des Auslandes auf seine Rückkehr am 10. November war überraschend negativ und berücksichtigte kaum die Auflagen, die von deutscher Seite mit diesem menschlich motivierten Schritt für Wilhelm verbunden waren⁶³. Während England und Italien der Angelegenheit keine besondere Bedeutung beimaßen⁶⁴, geriet Beneš gleich unter französischen Druck, da Poincaré anfragen ließ, ob sich die ČSR an einer Demarche beteiligen würde. Beneš stimmte zwar zu, warnte aber vor einer Erweiterung der Sanktionen⁶⁵. Dem deutschen Gesandten gegenüber nahm er dagegen einen harten Stand-

⁵⁸ Poincaré hatte die Sitzung des Völkerbundsrates nach Paris einberufen lassen. Das AA vermutete, daß dies wegen der Verhandlungen mit Beneš geschehen sei: PA, Runderlaß Köpke (Konz. verf.), Berlin 14. I. 24, Ts 112, Po 3 Fr-Ts.

⁵⁹ „Als wahrscheinlich kann man ein Junktim zwischen den französisch-tschechischen Verhandlungen und dem Standpunkt Frankreichs auf der Dezembertagung des Völkerbundsrates in jenen Fragen annehmen, die die Interessen der ČSR berührten (wie die Frage Ungarns, der Javorina usw.)“, Bř a c h : Francouzský alianční systém 7; Belege kann er nicht anführen.

⁶⁰ Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Bd. 1: Vom Ruhrkrieg bis London. Berlin 1932, S. 219.

⁶¹ Den Briefwechsel Stresemann - Wilhelm, Stresemann I, 215—224.

⁶² Ebenda 221.

⁶³ Er durfte nicht in Berlin wohnen und mußte sich jeder politischen Tätigkeit enthalten.

⁶⁴ Stresemann I, 244 f.

⁶⁵ Beneš ließ am 17. November 1923 antworten: „Ich halte es für sehr gefährlich, die Sanktionen mit einer neuen Besetzung zu erweitern, insbesondere zu versuchen, Süddeutschland vom Norden zu trennen. Das würde schlimm enden, mit einem vollständi-

punkt ein und stellte Sanktionen als sicher in Aussicht⁶⁶. Verschiedene Meldungen verstärkten diesen Eindruck; so sollte sich angeblich die nächste Konferenz der Staaten der Kleinen Entente in Belgrad mit dieser Frage befassen⁶⁷, es wurde von militärischen Vorbereitungen gesprochen⁶⁸, die jedoch in Berlin nicht als bedrohlich empfunden wurden⁶⁹.

Denkt man an die existentiellen Probleme, mit denen das Deutsche Reich im Herbst 1923 zu kämpfen hatte — die territoriale Integrität (Rheinland und Ruhrgebiet), die Verfassungsfrage (Streit mit Bayern, Stellung der Reichswehr, Absetzung der Volksfrontregierungen in Sachsen und Thüringen) und die wirtschaftlichen Probleme, deren Bündelung zu einer Quasidiktatur von Seeckts geführt hatte —, so mutet die Aufregung über die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland als unverständlich oder künstlich an. Für einen Außenstehenden mußte das Habsburg- und Hohenzollerntrauma der Tschechen, und hier insbesondere von Masaryk und Beneš, unverständlich bleiben, weil aus dem Nachhinein das Problem einer Restauration der beiden Herrscherhäuser ziemlich unreal erscheint. Aus den Memoiren der genannten tschechoslowakischen Staatsmänner geht jedoch der hohe Stellenwert dieses Problems für die tschechischen Betrachter hervor, sah man doch in diesen Dynastien wie in einem Brennpunkt alles zusammenlaufen, was als Gefährdung des tschechischen Volkes, seiner Kultur und seines Selbstbewußtseins, sowie letztlich auch der gegenwärtigen staatlichen Existenz galt. Das Verschwinden der beiden Dynastien war die Voraussetzung für die demokratische Nachkriegsordnung gewesen, und dies war der einzige Punkt der tschechoslowakischen Außenpolitik, in dem Beneš über die Festlegungen der Pariser Friedensverträge hinauszugehen bereit war und einen Interventionsanspruch aufrecht erhielt⁷⁰. Poincaré hatte mit seiner Anfrage in Prag einen emp-

gen Umsturz und mit einer Anarchie in Deutschland“; zitiert aus der Wiedergabe bei Olivová: Československá diplomacie 67.

⁶⁶ PA, Koch an AA (Tel.), Prag 16. XI. 23, 39, 1 RM. Auf einen deutschen Beschwichtigungsversuch, den Koch im Auftrag unternahm (PA, Maltzan nach Prag (Tel.-Konz.), Berlin 17. XI. 23, 39, 1 RM), kam es noch einmal zu einer harten Erklärung des tschechoslowakischen Außenministers. Koch gewann den Eindruck, daß Beneš als eigentliche Triebkraft hinter den Protesten gegen den Kronprinzen stehe, und befürchtete, „daß er zu Gunsten Frankreichs seine bisherige Zurückhaltung aufgibt. Hohenzollern gelten ihm in Verbindung mit Habsburgerfrage und wegen Rückwirkung auf diese als schwerste Bedrohung seines Landes“; PA, Koch an AA (Tel.), Prag 21. XI. 23, Ts 3956, Po 3 Fr-Ts.

⁶⁷ PA, Freytag an AA (Or.), Bukarest 28. XI. 23, Ts 4113 (K 118433 f.), Po 4, 5 Kl. E.

⁶⁸ PA, Koch an AA (Tel.), Prag 15. XI. 23, 39, 1 RM; Rantzau an AA (Tel.), Moskau 19. XI. 23, Ts 3920 (L 140650), Po 3 Fr-Ts; Rantzau an AA (Tel.), Moskau 29. XI. 23, Ts 4014 (L 140652 f.), Po 3 Fr-Ts; Koch an AA (Or.), Prag 28. XI. 23, Ts 4097 (L 140659 f.), Po 3 Fr-Ts; Weitergabe nach Moskau, Köpke an Rantzau persönlich, Berlin 4. XII. 23, zu Ts 3956 und 4014 (L 140653), Po 3 Fr-Ts; Koch an AA (Dd.), Prag 10. XII. 23, Ts 4283 (L 120477 f.), Po 2, 4 Ts; Pfeiffer an AA (Ab.), Wien 14. XII. 23, Oe 2258 (L 120512 ff.), Po 2, 5 Ts.

⁶⁹ Vgl. den Abschlußbericht Kochs nach mehreren Anfragen: PA, Koch an AA (Or.), Prag 28. I. 24, Ts 386 (L 120507), Po 2, 5 Ts.

⁷⁰ Olivová, Věra: Československá zahraniční politika a pokus o restauraci Habsburků v roce 1921 [Die tschechosl. Außenpolitik und der Versuch einer Restauration der Habsburger im Jahre 1921]. ČSCH 7 (1959) 675—698.

findlichen Punkt der Tschechen getroffen; zu einer Aufgabe der bisherigen Politik und zu einem Umschwenken in französische Fahrwasser war Beneš jedoch noch nicht bereit. Dazu schien der Anlaß zu gering, das Risiko für sein Land zu groß und die Situation zu unsicher.

Gegenüber der Kronprinzenfrage, die letztlich mit einer Drohgebärde beantwortet wurde und damit erledigt war, besaß das zweite Element im vorliegenden Problemzusammenhang eine wesentlich tiefere Bedeutung: die Wahl zum britischen Unterhaus am 6. Dezember 1923⁷¹. Die schlechte Entwicklung von Wirtschaft und Handel in Großbritannien hatte die Forderung nach Protektionismus zum Hauptstreitpunkt des Wahlkampfes gemacht. Bei nur geringen Stimmverschiebungen zwischen den drei Parteien — Konservative, Liberale und Labour-Party — erlitt die regierende konservative Regierung Baldwin die erwartete Niederlage, aber keine Partei war stark genug zu einer Regierungsbildung. Da alle Parteien eine Koalitionsregierung ablehnten, und der Kongreß der Labour-Party und der Gewerkschaften am 12./13. Dezember die Alleinregierung eines Labour-Minderheitskabinetts befürwortete, wurde für das neue Jahr die Bildung der ersten Labour-Regierung in Großbritannien erwartet. Dies aber mußte für die britische Politik einen großen Umschwung mit sich bringen, da das Labour-Programm⁷² in vielem von dem der Konservativen abwich und den zukünftigen Premier MacDonald verpflichtete. Die Forderung nach der *de jure*-Anerkennung der Sowjetunion deutete den Durchbruch an, der für die internationale Anerkennung der Sowjetunion im folgenden Jahr zu erwarten stand; Deutschland gegenüber war eine auf Verständigung in der Reparationsfrage gerichtete Politik und in Richtung Paris eine Entspannung und ein Ende des unfruchtbaren Notenwechsels wahrscheinlich.

Beneš hatte MacDonald bereits zweimal in Prag und beim Besuch von Masaryk in London getroffen. Für den Fall der Bestellung einer Labour-Regierung glaubte Beneš, die Funktion als Vermittler zwischen Paris und London erfüllen zu können: in der Reparationsfrage und in der Deutschlandfrage deckten sich seine Vorstellungen weitgehend mit denen des Labour-Programms, in der Frage der Anerkennung der Sowjetunion widersprach er dagegen der Forderung nach bedingungsloser Anerkennung und empfahl sich dadurch Paris als Vermittler; in der Einschätzung des Versailler Vertrages als revisionsbedürftig stand das Labour-Programm nicht im strikten Gegensatz zur tschechoslowakischen Politik, da Beneš Veränderungen im gegenseitigen Einvernehmen befürwortete, sofern diese nicht die ČSR betrafen.

Die unsichere Situation ermöglichte es dem tschechoslowakischen Außenminister im Dezember 1923, seine Kenntnis der kommenden Labour-Politiker in Paris herauszustellen und deren Vorstellungen zu verdeutlichen, ehe nach den Wochen des Schwankens die Regierung Baldwin am 23. Januar 1924 durch MacDonald

⁷¹ Dazu ausführlich B ř a c h, Radko: Československá zahraniční politika v politických proměnách Evropy 1924 [Die tschechosl. Außenpolitik in der politischen Veränderung Europas 1924]. I: Nástup MacDonalldovy a Herriotovy vlády [Der Antritt der Regierungen MacDonald und Herriot]. ČSCH 18 (1970) 49—83.

⁷² Lyman, Richard W.: The First Labour Government 1924. London [1958].

abgelöst wurde⁷³. In Anbetracht der Labour-Ankündigungen war in diesen Wochen in Paris die Frage der Anerkennung der Sowjetunion neu überdacht worden.

Die tschechoslowakische Haltung zum Rußlandproblem war widersprüchlich⁷⁴. Beneš hatte sich früh der Interventionspolitik der Entente widersetzt und bereits 1920 erste Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung geführt; er hatte die polnisch-russische und rumänisch-russische Grenze nie ausdrücklich anerkannt. Zugleich aber rechnete er mit einem Umschwung in Rußland und unterstützte die zahlreichen russischen Emigranten in der ČSR. Beneš verstand die geographische Lage der ČSR als Auftrag, zwischen der größten slawischen Macht und dem Westen eine Brücke herzustellen⁷⁵. Eine bedingungslose Anerkennung der Sowjetunion durch die Labour-Regierung mußte diese Vorstellung als Illusion entlarven. Würde es ihm dagegen gelingen, die sozialistischen Freunde in England von einer bedingungslosen Anerkennung vorerst abzubringen, konnte er mit diesem Druckmittel in der Hand Poincaré seine Vermittlung zu Rußland anbieten, um in nicht übereilten Verhandlungen Bedingungen auszuhandeln, unter denen die westlichen Staaten in gemeinsamer Front die Sowjetunion anerkennen konnten. Anders als in Großbritannien standen auf französischer Seite einer Anerkennung der Sowjetunion nämlich die finanziellen Forderungen entgegen, die bereits auf der Konferenz von Genua präsentiert worden waren⁷⁶. Da die Sowjetunion nicht bereit war, die Schulden der Zarenzeit anzuerkennen und den enteigneten fremden Besitz zu entschädigen, war eine direkte Verständigung beider Staaten ziemlich unwahrscheinlich. Zwischen dem Standpunkt der Labour-Party und dem der französischen Regierung war Benešs Vorstellung anzusiedeln, derzufolge eine *de jure*-Anerkennung der Sowjetunion als „taktisches Instrument“⁷⁷ im geeigneten Augenblick eingesetzt werden könnte, um die sowjetische Politik zu beeinflussen. Dafür war jedoch eine einheitliche Meinung des Westens ebenso notwendig wie ein Einlenken der Russen, sich überhaupt auf Gespräche über Bedingungen einzulassen. In den Verhandlungen im Dezember 1923 erhielt Beneš nun von Poincaré und von russischer Seite die Zusicherung, seine Vermittlungsdienste in Anspruch zu nehmen⁷⁸. Konnte Beneš aus seiner relativen Unabhängigkeit zwischen London und Paris für die Gespräche mit den sowjetischen Vertretern Kapital schlagen, so war seine Position schwieriger, soweit es die auf französische Anregung

⁷³ Beneš hatte viel Kontakt zu Labour-Politikern (Břach: Československá zahraniční politika 73), was der französische Botschafter Saint Aulaire zu nutzen wußte: Conte de Saint Aulaire, Auguste Félice Charles: Confession d'un vieux diplomate. Paris 1953, S. 659.

⁷⁴ Zur Vorgeschichte: Olivová: Československo-sovětské vztahy; dazu jetzt Dokumenty i materialy po istorii sovětsko-čechoslovackich otnošení. Tom 1: Nojabr' 1917 g. — avgust 1922 g. Moskau 1973. — Für den behandelnden Zeitraum Olivová: Die russische Linie. — Břach: „Ruský problém“.

⁷⁵ Benešs Exposé vom 30. X. 23, Problémy. — Gajánová: Entstehung 152.

⁷⁶ Mussolini hatte am 30. November in Rom vor der Nationalversammlung angekündigt, daß die Anerkennung der Sowjetunion dem erfolgreichen Abschluß der schwebenden italienisch-russischen Verhandlungen folgen würde, Gajánová: Entstehung 152.

⁷⁷ Břach: To the Origins 51.

⁷⁸ Břach: „Ruský problém“ 14 f.

zur gleichen Zeit beginnenden Kontakte zwischen den Rumänen und der Sowjetunion betraf. Dennoch nahm er das Angebot einer Vermittlung zwischen Rumänien und der Sowjetunion an und schlug Wien als Treffpunkt vor⁷⁹. Poincaré indes gab den Rumänen Rückendeckung, so daß sie in der Bessarabienfrage unbeugsam blieben⁸⁰.

Der Höhepunkt von Beneš Aktivitäten in den Wochen vor Weihnachten 1923 waren die Verhandlungen mit der französischen Regierung über den Abschluß des französisch-tschechoslowakischen Allianzvertrages. Beneš konnte anscheinend unter dem Eindruck all der vorstehend angedeuteten Probleme und in Erwartung eines großen tschechoslowakischen Anteils an ihrer Lösung dem französischen Drängen auf den Abschluß des Vertrages nicht mehr widerstehen. Vielleicht aber war der Abschluß auch der Preis für seine Einschaltung in Weltprobleme, die sonst jenseits seines Einflusses gewesen wären; vielleicht erhoffte er sich, wie es der amerikanische Gesandte in Prag vermutet hat⁸¹, erst durch das Eingehen auf die französischen Wünsche das Ansehen als gleichberechtigter Partner Frankreichs. Gab er jedenfalls den Franzosen in der Tatsache des Vertragsabschlusses nach, so zeigte er in der inhaltlichen Bestimmung seine diplomatische Geschicklichkeit.

Aus dem sicherlich zu seinem eigenen Vorteil gefärbten Bericht an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Švehla geht hervor, daß Beneš den Franzosen einen eigenen Vertragsentwurf vorlegte, den diese nach einigem Zögern annahmen⁸². Hierin war nur eine allgemeine Erklärung enthalten, sich im Falle einer Bedrohung der Friedensordnung über gemeinsame Schritte zu einigen, gemeinsame Interessen zu verteidigen und — neben den Verpflichtungen aus dem Völkerbund — eine gemeinsame Haltung gegen eine Restauration der Hohenzollern in Deutschland einzunehmen⁸³. In der Frage der Militärkonvention hatte Beneš sich durchgesetzt: Auf Grund der Gespräche wurde für Ende Januar 1924 der Austausch von Militärattachés vereinbart⁸⁴. Eine Bindung an Polen oder eine völkerrechtliche Verankerung der bisherigen Zusammenarbeit im militärischen Bereich war vermieden worden. Beneš telegraphierte nach Abschluß der Verhandlungen am 25. Dezember nach Prag: „1. Mein Text wurde mit unmerklichen Veränderungen angenommen. 2. die Frage eines Militärpaktes entfiel definitiv“⁸⁵.

⁷⁹ E b e n d a.

⁸⁰ Am 11. März 1924 ratifizierte das französische Parlament das Pariser Protokoll vom 28. Oktober 1920 und erkannte damit die Annexion Bessarabiens an, B ř a c h: „Ruský problém“ 11 f.

⁸¹ Bericht des amerikanischen Gesandten Einstein vom 4. I. 24, zitiert nach W a n d y c z 301.

⁸² G a j a n o v á: ČSR a středoevropská politika 152. — D i e s.: Entstehung 152.

⁸³ Der Artikel 5 lautet: „Les Hautes Parties contractantes confirment leur plein accord sur la nécessité qui s'impose à elles, en vue du maintien de la paix, d'adopter une attitude commune en présence de toute tentative éventuelle de restauration de la dynastie des Hohenzollern en Allemagne et s'engagent à se concerter sur les mesures à prendre dans cette éventualité.“ W a n d y c z 399.

⁸⁴ O l i v o v á: Československá diplomacie 69. — B ř a c h: Francouzský alianční systém 9; zum Notenwechsel über die militärische Zusammenarbeit vgl. O československé zahraniční politice. 1918—1939. Sborník statí. Hrsg. von Vladimír S o j á k u. a. Prag 1956, S. 120.

⁸⁵ G a j a n o v á: Entstehung 153.

Angesichts des dürftigen Inhaltes des Vertrages mußte die negative Reaktion auf den Abschluß, der erst am 25. Januar 1924 formell erfolgte, überraschen⁸⁶. Die Öffentlichkeit und die Regierungen⁸⁷ der europäischen Staaten sahen in diesem Vertrag mehr, als Beneš beabsichtigt hatte, weil der Abschluß des Vertrages unter den Bedingungen des Jahres 1923 — unabhängig vom Inhalt! — kompromittierend wirkte⁸⁸. Im Endergebnis war die Wirkung negativ; Beneš wurde zu Erklärungen und Abschwächungen gezwungen⁸⁹ und er verlor sein Prestige als unabhängiger Vermittler⁹⁰.

Diese negative Beurteilung scheint von der irrigen Vorstellung auszugehen, als hätte die Tschechoslowakei, gleich einer Großmacht, überhaupt die Möglichkeit gehabt, unabhängige Außenpolitik zu betreiben. Tatsächlich war Benešs Manövrierfähigkeit aber auf die Unterstützung einer — wenn nicht mehrerer — Großmächte angewiesen, und hier blieb das Bündnis mit Frankreich der „Eckpfeiler“ seiner Politik⁹¹. Wo sonst hätte er eine Stütze finden können⁹²? Die englischen Forderungen nach Revision des Versailler Vertrages, die Ablehnung von Regionalpakten in Europa — und damit auch der Kleinen Entente — trafen das elementare Sicherheitsbedürfnis der ČSR. Englands Verständnis für Deutschland ging weiter, als Beneš zu folgern wagte. In der Frage der Sicherung der Grenzen in Europa scheute sich Großbritannien vor einer Garantie und unterstützte sogar Ungarn in seinen Aufbauversuchen, ohne den Bedingungen Rechnung zu tragen, die die Kleine Entente als Voraussetzung dazu formuliert hatte. Im Hinblick auf die Anerkennung der Sowjetunion ging die Labour-Führung von moralisch-ideologischen Gesichtspunkten aus, die sich nicht mit Benešs Einschätzung dieses Schrittes als eines Mittels zum Zweck vereinbaren ließen. Auf der anderen Seite war London nicht willens, den symbolischen Wert, den das Haus Hohenzollern für die Tschechen verkörperte, so weit zu respektieren, um dessen ausdrückliche Er-

⁸⁶ Die tschechoslowakische Ratifikation erfolgte am 14. Februar, die französische am 29. Februar, Austausch der Ratifikationsurkunden am 4. Februar 1924, Vondráček, Felix John: *The Foreign Policy of Czechoslovakia 1918—1935*. New York 1937, S. 213.

⁸⁷ Zur englischen Regierung, PA, Sthamer an AA (Or.), London 8. I. 24, Ts 154 (L 140739 ff.) Po 3, 2 Fr-Ts.

⁸⁸ Besonders in deutschen Akten wird stets hervorgehoben, daß es Frankreich durch den Abschluß des Vertrages gelungen sei, aus der außenpolitischen Isolierung herauszukommen, in die es wegen seiner Deutschlandpolitik geraten sei; z. B. PA, Aufz. Köpke (Dd.), [Berlin] 12. I. 24 (L 140714 f.), Po 3 Fr-Ts; ähnliche Beurteilung in Wien, PA, Pfeiffer an AA (Or.), Wien 5. II. 24, Ts 455 (L 140779 ff.), Po 3, 2 Fr-Ts.

⁸⁹ Vgl. sein Rechtfertigungstelegramm vom 29. XII. 23 nach Rom, Washington und London, Břach: Francouzský alianční systém 9.

⁹⁰ Ebenda 6.

⁹¹ Ebenda 7.

⁹² Genau dieser Gedanke wird in einer Aufzeichnung des AA herausgestellt: „Die ČSR hat aber ein ungewöhnlich starkes Anlehnungsbedürfnis an andere Staaten. Von außen gegründet, infolge seiner unnatürlichen Grenzgestaltung mit einem sehr verwundbaren Körper ausgestattet, ohne festes inneres Gefüge infolge des Nationalitätenkampfes, ist dieser Staat geradezu angewiesen, Bundesgenossen zu suchen; das ist einer der Hauptgründe für seine äußerst aktive Außenpolitik“, PA, Runderlaß Köpke (Verf.), Berlin 14. I. 24, Ts 112, Po 2, 5 Ts.

wöhnung im Vertrag zu billigen⁹³. Von der Anlehnung an Frankreich, die er vollzog, ohne zum Satelliten Poincarés zu werden, konnte Beneš demgegenüber eine Aufwertung seiner Position erwarten⁹⁴ und eine verstärkte Basis gewinnen, von der aus er die Gratwanderung seiner Vermittlungsdiplomatie fortsetzen konnte. Schließlich verpflichtete er sein Land in nichts mehr, als bereits vorher feststand⁹⁵. Nur lag darin das Eingeständnis, daß der politische Anspruch zu hoch gegriffen war, von Prag aus Weltpolitik betreiben und in den schwierigen Problemen zwischen den Großmächten einen realen Einfluß ausüben zu wollen. So mußte Beneš im Grunde die Erfahrung machen, daß er den Anspruch seiner Politik zerstörte, als er sich der Grundlage dieser Politik versichern wollte⁹⁶.

Und diese für seine ehrgeizige Selbsteinschätzung schmerzliche Erfahrung mußte er in den nächsten Wochen in allen Fragen machen, mit denen er sich beschäftigt hatte. In den Neujahrsreden war vorsichtig die Hoffnung auf eine Umgestaltung der europäischen Politik im Jahre 1924 angesprochen worden. In einem Telegramm an den tschechoslowakischen Gesandten in London unterstrich Beneš am 2. Januar, daß er sich in Paris die Hände frei gehalten hatte⁹⁷, es gelang ihm aber trotzdem nicht, das englische Mißtrauen zu durchbrechen. Als erster fremder Außenminister traf er in London den neuen Außenminister und Premier Mac Donald⁹⁸ und erhielt auch Zusagen über die Verbesserung des englisch-französischen Verhältnisses und eine Unterstützung seiner eigenen Vermittlungsversuche; aber über „nebelhafte Andeutungen“ einer Solidarität der Linksparteien ging das nicht hinaus. Eine Annäherung in den wesentlichen Fragen gelang nicht. Schwierigend war, daß auch sein Versuch scheiterte, die *de jure*-Anerkennung der

⁹³ Vgl. die Kritik der britischen Presse, Olivo v á : Československá diplomacie 69.

⁹⁴ „Unser Vertrag mit Frankreich ist für uns eine wirkliche Garantie für die Zukunft; er schützt uns in unseren Lebensfragen und läßt uns genügend Freiheit, wie bisher eine selbständige Politik gegenüber Deutschland, England und Rußland zu betreiben“, Zirkulartelegamm vom 1. II. 24, zitiert bei B ř a c h : Francouzský alianční systém 9; die positive amerikanische Beurteilung vgl. W a n d y c z 300 ff.

⁹⁵ So auch die Beurteilung des deutschen Botschafters in Paris Hoesch: es handle sich um keinen Bündnisvertrag, sondern um eine „feierliche Sanktionierung des neuen europäischen Vertragszustandes. Es hat nicht den Anschein, als habe Beneš — seinen oft beteuerten Grundsätzen zuwider — die Selbständigkeit seines Landes geopfert. Ebenso wenig scheint die tschechoslowakische Staatsleitung ihrem Vorsatz, das Land vor militärischen Abenteuern bewahren zu wollen, untreu geworden zu sein und bedenkliche militärische Bindungen eingegangen zu sein. Immerhin bedeutet der Abschluß eines Abkommens zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei eine offizielle Festlegung der Bande, die beide Länder verknüpfen“. PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 29. XII. 23, Ts 11 (L 140692 ff.), Po 3, 1 Fr-Ts.

⁹⁶ Vgl. B ř a c h : Francouzský alianční systém 6: Der Vertragsabschluß „brachte die Gefahr mit sich, daß sich die ČSR in der Zeit des englisch-französischen Konfliktes fatal mit der gegebenen französischen Politik verband, daß sie in den Beziehungen zwischen den Großmächten die Rolle des Vermittlers verlor, die sie nicht ohne Erfolg versucht hatte, daß sie sich von der anglo-amerikanischen Politik isolierte“.

⁹⁷ Olivo v á : Československá diplomacie 69; B ř a c h : Francouzský alianční systém 10.

⁹⁸ Beneš weilte vom 13. Januar bis 24. Januar 1924 in London, so wichtig erschienen ihm die Gespräche; B ř a c h : Francouzský alianční systém 10 Anm. 31. — D e r s.: Československá zahraniční politika 54.

Sowjetunion zu einem Handelsobjekt zu machen; am 2. Februar 1924 erkannte London die Sowjetunion ohne Vorbedingungen an⁹⁹.

Die Vorteile des Vertragsabschlusses zwischen Paris und Prag lagen weitgehend bei Frankreich. In einer schwierigen internationalen Isolierung, in die Frankreich durch die Deutschland- und Reparationspolitik gelangt war, konnte Poincaré der französischen Öffentlichkeit einen Freundschaftsvertrag mit einem ostmitteleuropäischen Verbündeten präsentieren und für die Wahl im späten Frühjahr als Erfolg verbuchen¹⁰⁰. Von realem Nutzen war der Vertragsinhalt für Frankreich kaum¹⁰¹, und besonders die französischen Militärs waren zweifellos von Prag enttäuscht. Eine gleich enge Bindung wie die zwischen Polen und Frankreich war durch den Vertrag nicht zustande gekommen; die ČSR hatte es versäumt, dem von innenpolitischen Krisen geschüttelten Polen in Paris den Rang abzulaufen, aber es blieb ihr auch die Lehre erspart, die Polen im Jahre 1925 erteilt wurde, als Frankreich dann unter anderen Konstellationen von dieser engen Bindung loszukommen suchte¹⁰².

Das Auswärtige Amt in Berlin glaubte, daß insbesondere die Kronprinzenfrage und die englische Wahl Beneš nervös gemacht und von seiner ursprünglichen Zurückhaltung gegenüber dem Vertragsabschluß abgebracht hätten. Es hebt aber hervor, daß er sich dennoch nicht dem französischen Einfluß verschrieben hatte: „Für diese Annahme spricht vor allem die Erwägung, daß ein so kluger und vorsichtiger Politiker wie der tschechoslowakische Außenminister sich kaum dazu verstanden haben dürfte, sich durch eine völlige Unterordnung unter die französischen Wünsche seines bisherigen Einflusses in einem Augenblick zu begeben, in dem die Zukunft Europas undurchsichtiger erscheint denn je“¹⁰³.

Wenn Beneš Poincaré Zusagen gemacht hatte, im Rahmen der Kleinen Entente eine gemeinsame Haltung in bezug auf eine enge Bindung an Frankreich und auf die *de jure*-Anerkennung der Sowjetunion zu erreichen — und einiges spricht dafür¹⁰⁴ —, dann blieben seine Bemühungen erfolglos. Auf der Konferenz von Belgrad vom 10.—12. Januar 1924 mußte er sich im Gegenteil Vorwürfe über sein Vorpreschen gefallen lassen¹⁰⁵ und das Scheitern seiner Absicht eingestehen, die

⁹⁹ Bř a c h : Československá zahraniční politika 60; Notenwechsel s. Dokumenty vnější politiky SSSR (DVP) Bd. VIII. Moskau 1963 (Dok. 30), S. 53 ff.

¹⁰⁰ Vgl. die Aufz. d'Abernons vom 6. II. 24: „Alle diese Ereignisse können nicht verfehlen, Frankreich zu der Erkenntnis zu bringen, daß es durch Poincaré in eine völlige Vereinsamung geriet, die nur durch die — noch immer nicht sehr gewichtige — Stimme von Benesch gemildert wird“, d'Abernons: III 58.

¹⁰¹ Koch spricht daher auch von einer „vollkommen leeren Attrappe“, PA, Koch an AA (Or.), Prag 30. I. 24, Ts 421 (L 140777 ff.), Po 3, 2 Fr-Ts.

¹⁰² Vgl. die Aufz. Gaus, Berlin 18. IX. 25 (E 128046 ff.), FS 13 StS, zitiert vom Verf.: Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag von 1925 im Rahmen der Locarno-Verträge. München-Wien 1970, S. 117 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 24).

¹⁰³ PA, Runderlaß Köpke vom 14. I. 24, s. Anm. 92.

¹⁰⁴ Bř a c h : Francouzský alianční systém 17. Zu dem französischen Plan von Regionalpakten vgl. den Bericht des polnischen Gesandten Bader bei Bř a c h : „Ruský problém“ 14 Anm. 56.

¹⁰⁵ Zur Abneigung der Jugoslawen gegen das tschechoslowakische Übergewicht in der Kleinen Entente, vgl. PA, Keller an AA (Dd.), Belgrad 31. XII. 23, Ts 174 (K 118487 ff.), Po 4, 5 Kl. E. — Vgl. auch G a j a n o v á : Entstehung 158.

antikommunistische Haltung Rumäniens und Jugoslawiens zu verändern. Die Einigung auf der Konferenz bestand schließlich nur darin, daß man sich nicht einigen konnte¹⁰⁶. Frankreich war über Prag kein Einbruch in die Kleine Entente gelungen, indem es etwa alle drei Staaten an sich binden und eine antideutsche-antirussische Koalition von der Ostsee bis zur Adria zustande bringen mochte. Der Abschluß des italienisch-jugoslawischen Vertrages über den endgültigen Verzicht Jugoslawiens auf Rijeka/Fiume vom 27. Januar 1924 entband auch Jugoslawien von der Notwendigkeit, einen starken Verbündeten im Rücken Italiens zu suchen. Wenn Radko Břach Recht hat mit der Behauptung, dieser Vertrag sei auf Drängen von Beneš zustande gekommen, um ein Gegengewicht zu dem französischen Einfluß im Donaauraum zu schaffen¹⁰⁷, so wäre dies bereits ein politischer Schachzug jenseits der Loyalität zu Paris gewesen. Aus den Berichten deutscher Beobachter geht hervor, daß Beneš sich nicht um ähnliche Verträge seiner Verbündeten mit Frankreich bemühte, über das Ergebnis der Konferenz aber auch nicht sonderlich erfreut schien¹⁰⁸. Erst nach langen weiteren Verhandlungen zeigten sich Jugoslawien und Rumänien später zu einem Vertrag mit Paris bereit, aber diese Bemühungen wurden durch den Sturz Poincarés durchkreuzt¹⁰⁹.

Zum Zeitpunkt der eigentlichen Unterzeichnung des französisch-tschechoslowakischen Vertrages am 25. Januar 1924 in Paris war schon abzusehen, daß die vielen Versuche Benešs, sich als Vermittler in internationale Probleme einzuschalten, wahrscheinlich scheitern würden¹¹⁰.

¹⁰⁶ Břach: „Ruský problém“ 11: „A naším stanoviskem je, že žádné stanovisko nemáme“ [Unser Standpunkt ist, daß wir keinen Standpunkt haben].

¹⁰⁷ In einem Zirkulartelegamm vom 30. I. 24 über die Ergebnisse der Belgrader Konferenz heißt es: „Der Vertrag mit Italien ist unter unserem Druck und mit unserer Hilfe zustande gekommen . . . Das, was nun entstanden ist, unser Verhältnis zu Frankreich und der Vertrag Jugoslawiens mit Italien, halten wir für ein gutes und gerechtes Gleichgewicht, damit man nicht von einer Hegemonie Frankreichs sprechen kann“, Břach: Francouzský alianční systém 12. Dies mußte besonders auf England als Beruhigung wirken.

¹⁰⁸ PA, Keller an AA (Tel.), Belgrad 13. I. 24, Ts 139 (K 118485 f.), Po 4, 5 Kl. E.; Koch an AA (Or.), Prag 14. I. 24, Ts 341 (K 118499 ff.), Po 4, 5 Kl. E.; Runderlaß Köpke (verf.), Berlin 5. II. 24, It 222 (K 118504 ff.), Po 4, 5 Kl. E.

¹⁰⁹ Bereits Anfang Februar 1924 bemühte sich Frankreich um einen ähnlichen Vertrag mit Jugoslawien. Beneš hielt sich zurück und warnte vor dem schlechten Eindruck in London. Gleichzeitig gab er dem französischen Drängen auf Verschleppung der italienisch-tschechoslowakischen Verhandlungen nach, um Frankreich einen früheren Abschluß mit Belgrad zu ermöglichen; nach dem Sturz von Poincaré aber fühlte er sich von seinem Versprechen entbunden. Nach seiner Italienreise vom Mai 1924 wurde der Vertrag am 5. Juli 1924 abgeschlossen. Die rumänisch-französischen Verhandlungen begannen im April 1924. Da Duca die Anerkennung der Annexion Bessarabiens in den Vertrag aufnehmen wollte, verzögerten sich die Verhandlungen über den Sturz Poincarés hinaus und scheiterten damit. Einzelheiten nach den tschechoslowakischen Akten Břach: Francouzský alianční systém 13 ff. — Zum italienisch-tschechoslowakischen Verhältnis s. Gajánová: Entstehung 158 f. Zu einem französisch-rumänischen Vertrag mit einem geheimen Militärabkommen kam es erst am 11. November 1927, s. Břach: Francouzský alianční systém 3 Anm. 6. — Zum polnisch-tschechoslowakischen Verhältnis dieser Zeit nach polnischen Akten Břach: Francouzský alianční systém 17 f. — Vgl. auch Jaz'kova 269—277.

¹¹⁰ Koch faßte seine Eindrücke wie folgt zusammen: „In Paris wird Benesch zur Unter-

Eines der wichtigsten außen- und auch innenpolitischen Probleme war für Beneš seine Vermittlungsaktion zwischen Frankreich und der Sowjetunion in der Frage der *de jure*-Anerkennung¹¹¹. Durch die Haltung der Labour-Party war die Hoffnung auf eine gemeinsame Haltung der Westmächte in dieser Frage dahin; die ČSR konnte aber aufgrund ihrer bisherigen Rußlandpolitik und ihrer Selbsteinschätzung mit einiger Hoffnung auf Erfolg versuchen, Frankreich eine Brücke nach Osten zu bauen¹¹². Dies setzte jedoch voraus, daß Moskau wenigstens in einigen Punkten den französischen Forderungen bezüglich der Vorkriegsschulden entgegenkam. Im Dezember 1923 erregte das Gerücht von sowjetisch-tschechoslowakischen Gesprächen Aufsehen in politischen Kreisen¹¹³. Quellenmäßig faßbar ist eine Unterredung des tschechoslowakischen Außenministers mit dem sowjetischen Vertreter in Prag, Jurenev, vom 3. Januar 1924, in der Beneš mitteilte, daß er als Bevollmächtigter Poincarés den französischen Standpunkt darlegen könne. Er kleidete dies in zwei Fragen: ist die Sowjetunion bereit 1. „die internationalen Verträge zu respektieren und stimmt sie 2. im Prinzip zu, die Vorkriegsschulden (20 Mrd. Frank) anzuerkennen?“ Auf Jurenevs Frage, ob Frankreich bei Annahme dieser ultimativen Forderungen zur *de jure*-Anerkennung der Sowjetunion bereit sei, konnte Beneš nur ausweichend antworten, er habe diese Mission in gutem Glauben an die Ernsthaftigkeit der französischen Politik übernommen. Seine eigene Rolle in diesen absolut geheim zu führenden Gesprächen definierte Beneš dahingehend, eine Basis für Verhandlungen zu finden, die später in Prag geführt werden könnten. Gleichzeitig deutete Beneš an, daß die ČSR auch unabhängig von Frankreich zu einer *de jure*-Anerkennung der Sowjetunion bereit sei und dafür auch die Unterstützung der russischen Emigranten im Lande aufgeben würde¹¹⁴.

zeichnung des Vertrages einigermaßen still auf gerettetem Boot einziehen. Die bunten Wimpel der farbigen Hilfsvölker vom Balkan, die sein Gefolge bilden sollten, werden fehlen. Er kommt nur als Vertreter der kleinen Tschechoslowakei, von deren Bevölkerung $\frac{1}{3}$ obendrein den Vertrag innerlich ablehnt. In London dagegen wird der Vieltgewandte den Umstand, daß der tschechoslowakisch-französische Vertrag einstweilen keine weiteren Konsequenzen gezogen hat, schon in seinem Sinne zu verwerten wissen. Er wird ihn als Beweis für die Harmlosigkeit des Vertrages ins Treffen führen und wiederholen, was er den Vertretern Italiens, Österreichs, Ungarns, Polens, Deutschlands in Prag bis zum Überdruß versichert hat: Nic se nestalo. Es ist ja gar nichts geschehen!“ PA, Koch an AA (Or.), Prag 14. I. 24, Ts. 341 (K 118499 ff.), Po 4, 5 Kl. E.

¹¹¹ Litvinov glaubte, daß die tschechoslowakische Bereitschaft zur Anerkennung der Sowjetunion durch Frankreich gebremst wurde, DVP VI, S. 556 (Interview mit der Izvestija vom 29. XII. 23, publiziert am 1. I. 24). Beneš verwies im Gegenteil darauf, daß er Poincaré dazu gedrängt habe, seine Politik gegenüber der Sowjetunion zu ändern, DVP VII (Dok. 4), S. 11.

¹¹² Ebenso Interview Čičerin vom 26. I. 24 (Le Temps vom 30. I. 24), DVP VII (Dok. 25), S. 48 f. Zu Polen vgl. Bř a c h : „Ruský problém“ 15.

¹¹³ An diesen Gesprächen war das AA sehr interessiert, aber Koch konnte nichts in Erfahrung bringen: PA, Köpke an Koch (Konz.), Berlin 3. I. 24, zu Ts 11 (L 140697 f.), Po 3 Fr-Ts; Koch an AA (Or.), Prag 21. I. 24, Ts 343 (L 122842 f.), Po 3 Ru-Ts.

¹¹⁴ Bř a c h : „Ruský problém“ 15; DVP VII (Dok. 4), S. 11 ff., Bericht Jurenevs vom 3. I. 24. In dem Gespräch stellte Beneš die tschechoslowakische Anerkennung der Sowjetunion als ziemlich sicher hin und setzte sich von dem großsprecherischen Mussolini

Die sowjetische Regierung nahm dieses Angebot Beneš an und dankte ihm ausdrücklich für seine Bemühungen, forderte aber direkte französisch-sowjetische Gespräche¹¹⁵. Wenn Beneš angesichts des tiefgehenden Mißtrauens auf beiden Seiten¹¹⁶ nur die ersten Kontakte hatte knüpfen wollen, dann konnte er seine Mission als beendet ansehen. Die Anerkennung Litvinovs und das Angebot, weitere Bemühungen Benešs zum Zustandekommen von offiziellen Regierungsgesprächen zwischen Moskau und Paris anzunehmen, schufen ihm einen günstigen Abgang. Aber dazu war Beneš nicht bereit¹¹⁷, oder Poincaré wollte direkte Gespräche mit der Sowjetunion vorerst noch vermeiden. Als Jurenev wegen Benešs Auslandsreisen die Anweisung Litvinovs am 2. Februar endlich ausführen konnte¹¹⁸, hatte Beneš die Schlappe von Belgrad und auch die Enttäuschung von London bereits hinter sich. In einem Memorandum vom 11. Februar formulierte er die französischen Bedingungen für die Aufnahme direkter Gespräche, es ist aber nicht sicher, ob er davon noch Gebrauch machte¹¹⁹. In einer Presseverlautbarung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten vom 26. Februar 1924 wurde auf die Vermittlungsversuche hingewiesen, ohne Namen zu nennen; auch bei diesem Anlaß bestand Moskau auf direkten Gesprächen mit Paris¹²⁰. Die Sowjetunion mußte die französische Weigerung zu direkten Gesprächen als Mißachtung empfinden, die sie nach der Anerkennung durch Großbritannien¹²¹ und Italien¹²² nicht hinzunehmen brauchte. An einer Erhöhung des Prestiges von Beneš war sie nicht interessiert, zumal dessen Dienste in Richtung auf die Kleine Entente keinen Erfolg versprochen.

ab. Der aber erkannte die Sowjetunion einen Monat später an! Bezüglich der russischen Emigranten in der CSR versprach Beneš eine Liquidierung in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und schlug eine sowjetische Amnestie vor. Wenn die Berichterstattung Jurenevs exakt ist, war dieses Gespräch keine diplomatische Glanzleistung von Beneš.

¹¹⁵ B ř a c h : „Ruský problém“ 16; DVP (Dok. 9), Litvinov am 11. I. 24, so auch Rechenschaftsbericht Litvinovs vom 14. I. 24, in DVP VI, S. 593. — Vgl. J a z ' k o v a 269 f.

¹¹⁶ Beispiele dafür in dem Interview vom 29. XII. 23, DVP VI, S. 556 f., besonders in bezug auf den Optorg-Prozeß (Urteil vom 12. XII. 23), S. 629 f., Anm. 115.

¹¹⁷ Zum instrumentalen Charakter dieser Verhandlungen in bezug auf das polnisch-tschechoslowakische Verhältnis vgl. B ř a c h : „Ruský problém“ 24 ff.

¹¹⁸ E b e n d a 16.

¹¹⁹ Břachs Beweisführung für die zweite Vermittlungsaktion ist einigermaßen dürftig: von einem neuen Auftrag Poincarés an Beneš handelt nur ein Satz in einem Telegramm an den tschechoslowakischen Gesandten in Belgrad Šeba vom 10. II. 24; das erwähnte Memorandum enthält keinen Hinweis, ob der Text jemals verwendet wurde; B ř a c h : „Ruský problém“ 16 Anm. 64.

¹²⁰ Břachs Deutung des russischen Textes geht m. E. zu weit und stellt Beneš in ein zu schlechtes Licht: über die Kontakte wird korrekt berichtet und der alte Standpunkt wiederholt, daß nur direkte Verhandlungen in Frage kommen. Darin liegt aber keine „öffentliche Desavouierung für Beneš“ (B ř a c h : „Ruský problém“ 17). Der einzige kritische Satz des sowjetischen Textes, der sich noch dazu im Zusammenhang mit französischen Pressestimmen befindet, lautet: „Es ist jedoch auch möglich, daß die französische Regierung aus irgendwelchen Gründen unsere Antwort nicht in völlig korrekter Form in Händen hat“, DVP VII (Dok. 65), S. 135.

¹²¹ Die *de jure*-Anerkennung durch Großbritannien am 1. II. 24, DVP VII (Dok. 30), S. 53 f.

¹²² Die *de jure*-Anerkennung durch Italien am 7. II. 24, DVP VII (Dok. 41), S. 91.

In einem weiteren schwierigen Problemkreis war die Vermittlungsaktion des betriebsamen tschechoslowakischen Außenministers ebenso wenig angebracht, im Reparationsproblem. Darin und in der Frage der alliierten Schuldenregelung unterstützte die ČSR weitgehend den französischen Standpunkt, lehnte aber die Methoden der Reparationseintreibung zu Lasten der deutschen Wirtschaftssubstanz ab¹²³. Zur Lösung dieses Problems waren in den letzten Wochen Versuche fortgesetzt worden, zur Überprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit eine Kommission unabhängiger Sachverständiger einzusetzen, die unter Leitung von englischen und amerikanischen Bankfachleuten eine Regelung suchen sollte. England befürwortete ferner eine Hilfsaktion für Ungarn, andererseits war es seinen alliierten Schuldnern gegenüber nicht zu einer Entlastung bereit. Für die Tschechoslowakei war dieser Zustand doppelt mißlich, weil sie die Genesung Deutschlands wünschte, um den größten Handelspartner der eigenen Wirtschaft zu erhalten, dagegen aber die Zahlung der Schulden gegenüber den alliierten Gläubigern nicht leisten konnte. Die ČSR bemühte sich seit dem Sommer 1923 um eine englische Anleihe zur Sanierung der unter Druck geratenen Krone¹²⁴. Londoner Bankkreise machten eine solche Anleihe aber davon abhängig, daß die Ungarn zugedachte Finanzhilfe dem Lande selbst zugute kommen und nicht in Form von Reparationen wieder abgeführt werden sollte. Da die englischen Forderungen hauptsächlich auf Frankreich zielten, dieses aber durch die Wirtschaftskrise infolge der Ruhrbesetzung selbst zahlungsunfähig war¹²⁵, konnte die ČSR durch eine enge Anlehnung an Paris hoffen, daß die Zahlungsverpflichtungen zumindest hinausgeschoben wurden.

Die Rede Beneš vor den Auswärtigen Ausschüssen von Abgeordnetenkommission und Senat am 6. Februar konnte unter diesen Umständen kein Erfolgsbericht sein¹²⁶. In langatmigen Ausführungen zog er Bilanz des ersten Jahrfünftes der tschechoslowakischen Außenpolitik, als ob er durch die Verlängerung des Berichtszeitraums von den jüngsten Mißerfolgen ablenken wollte¹²⁷. Zwei Punkte dieser Rede sind im vorliegenden Zusammenhang relevant: die Rechtfertigung der Politik der letzten Wochen und die Bemerkung, daß damit eine Periode abgeschlossen sei: „Wir beenden eine Periode auswärtiger Politik, die durch unsere Vertrags- und Bautätigkeit in Mitteleuropa und durch den Abschluß des Vertrages mit Frankreich charakterisiert ist. Wir treten in eine neue politische Periode ein, die mit der Einführung der sozialistischen Regierung in England beginnt, mit der Anerkennung Sowjetrußlands durch England und Italien, mit der Vorbereitung neuer Verhältnisse in Frankreich, die wahrscheinlich den endgültigen Versuch eines

¹²³ Die tschechoslowakischen Reparationsleistungen hatte Tusar d'Abernon gegenüber als Hauptmotiv für den Abschluß des französisch-tschechoslowakischen Vertrages erklärt, d'Abernon III, 47 (Tgb.-Aufz. Berlin 14. I. 24). — Vgl. die kritische Bemerkung von Břach: Francouzský alianční systém 7 Anm. 14.

¹²⁴ Gajanová: Entstehung 196 f., Teilabdruck der britischen Note.

¹²⁵ Břach: Československá zahraniční politika 71.

¹²⁶ Beneš: Problémy 279—306.

¹²⁷ Koch vermerkte eine gereizten und verbitterten Ton, PA, Koch an AA (Or.), Prag 12. II. 24, Ts 620 (L 119025 f.), Po 2, 2 Ts.

französisch-deutschen und damit auch eines englisch-französischen Ausgleichs bedeuten werden, und die schließlich zur Vorbereitung einer wenigstens teilweisen Beteiligung Amerikas vorwiegend an der Wirtschafts- und Finanzpolitik Europas führen wird. Wir treten in das zweite Nachkriegsjahrhundert, das uns — wie wir glauben — endlich den Frieden geben wird¹²⁸.“

Die Hoffnung auf eine neue und vielleicht günstigere Entwicklung diente zugleich als Abwehr der Kritik seiner bisherigen Politik. Er spielte die Bedeutung des Vertrages mit Frankreich herunter, indem er abermals betonte, daß nur das bisherige Verhältnis in eine Rechtsformel gefaßt worden sei¹²⁹, und er wand sich um eine klare Aussage, indem er die vage Hoffnung äußerte, daß bald auch ein französisch-deutscher Vertrag abgeschlossen würde¹³⁰. Trotz Aufzählung aller Punkte, in denen er mit der Meinung der britischen Regierung übereinstimmte, war die größere Distanz zu diesem Verbündeten spürbar. Er widersprach den Kritikern der englischen Politik in bezug auf den Völkerbund und die Sowjetunion, konnte aber diese Politik selbst nicht recht billigen. Trotz der Betonung seiner guten Information¹³¹ und seiner Aufrichtigkeit¹³² konnte er seine Kritiker nicht überzeugen. Bei der breit angelegten Rechtfertigungsrede, die die bisherige tschechoslowakische Außenpolitik als konstruktiv, weitsichtig und zeitgemäß ausweisen sollte, fällt auf, daß von konkreten Zukunftszielen nicht gesprochen wurde¹³³. Beneš beschloß eine Periode und betonte die Grundprinzipien seiner Politik; er öffnete keine Türen für die Zukunft. An einer Stelle aber ging er über die bisher übliche Charakteristik hinaus und schien damit einen Akzent setzen zu wollen: die Beziehungen zu Deutschland, sonst nur „korrekt“ genannt, wurden hier als „gut, loyal und freimütig“ bezeichnet¹³⁴. Vor dem Hintergrund der elegischen Breite seiner Rede und angesichts der darin nur knappen Behandlung Deutschlands gewann diese Aussage an Bedeutung. Koch verwies in seiner Beurteilung der Rede auf diesen Wandel¹³⁵: „Er beruht natürlich nicht auf einer wachsenden Zuneigung zu Deutschland, wohl aber auf der steigenden Erkenntnis der Schicksalsgemeinschaft, in der sich die Tschechoslowakei mit Deutschland befindet.“

Koch fand Beneš in einer ziemlich trüben Stimmung, als er ihn nach dem Exposé aufsuchte¹³⁶. Von all den Versprechungen des Jahresanfangs war nichts ver-

¹²⁸ Beneš: Problémy 279 f.

¹²⁹ Ebenda 296.

¹³⁰ Ebenda 279, 294, 302.

¹³¹ Ebenda 303.

¹³² Ebenda 306.

¹³³ Břach: Československá zahraniční politika 61 f. vermerkt, daß er nur die allgemeinen positiven, pazifistischen Züge der tschechoslowakischen Außenpolitik hervorgehoben habe, die in der neuen Etappe richtungweisend werden würden. Erst mit Herriots Amtsantritt boten sich neue Möglichkeiten, S. 80 ff.

¹³⁴ Beneš: Problémy 294.

¹³⁵ Siehe oben Anm. 127.

¹³⁶ PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. II. 24, Ts 619 (L 120518 f.), Po 2, 5 Ts: „Benesch, auf den die Mißerfolge der letzten Zeit stark gewirkt haben, machte mir diesmal nicht den lebhaften und mitteilbaren Eindruck wie bei früheren Gelegenheiten.“

wirklicht worden, was Koch augenscheinlich auch nicht anders erwartet hatte¹³⁷. Aus dem Gespräch geht ferner hervor, daß Beneš nur in der Hohenzollernfrage einen Interessenunterschied zu Deutschland sah¹³⁸, im übrigen eher dem deutschen als dem französischen Standpunkt in der Lösung der Krise zuneigte. „Die Franzosen“, sagte er, „sprechen immer von *Sécurité*. Ich habe ihnen oft und oft gesagt, daß die größte *Sécurité* für sie, viel größer als die Besetzung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, die Befestigung eines demokratisch-republikanischen Regimes in Deutschland ist¹³⁹.“

Läßt sich eine Neuorientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik auch nicht feststellen, so deutet doch vieles auf eine Verunsicherung von Beneš hin. Er scheint im Frühjahr 1924 an seinen Mißerfolgen und an der Fehleinschätzung durch die Öffentlichkeit schwer getragen zu haben. Frankreich, der bisherige „Eckpfeiler“ seiner Politik, hatte sich seiner bedient und ihn dann fallen lassen, als er sich nicht in den französischen Wahlkampf zugunsten des ihm wenig sympathischen Poincaré einschalten ließ; England und Italien waren verstimmt über seine Bindung an Frankreich, nur mühselig kamen im März Gespräche mit Mussolini in Gang¹⁴⁰. In der Frage der *de jure*-Anerkennung der Sowjetunion war er stecken geblieben: die Opposition seiner Verbündeten und der innenpolitische Widerstand machten es ihm unmöglich, die großen Versprechen vom Januar auch nur teilweise einzulösen. Deutschland nahm ihm den Vertrag und die Hohenzollernklausel als Einmischung übel¹⁴¹; in der deutschen Presse erschien sogar der Text einer angeblichen Militärkonvention¹⁴², der zwar gleich als falsch erkannt wurde,

¹³⁷ „Wie ich seinerzeit berichtete, hatte mir Minister Dr. Benesch an der Jahreswende in Aussicht gestellt, daß er mir alsbald nach seiner Rückkunft aus Paris Ende Januar Näheres über seine Pläne zur Schlichtung der deutschen Reparationsfrage und deren Aufnahme in Paris mitteilen werde. Vergeblich habe ich in dieser Beziehung auf ein Wort von ihm gewartet; die gewundene Art, mit der er bei gelegentlichem gesellschaftlichem Zusammentreffen eine Aussprache ‚noch einige Tage‘ hinausschob, zeigte mir mit vollkommener Deutlichkeit, daß ihm auf seiner letzten Reise auch seine deutsch-französischen Reparationspläne wie manches andere ins Wasser gefallen waren. Auch als ich ihn gestern aufsuchte, berührte er dieses Thema mit keinem Worte. Ich bin ebenso wenig darauf zurückgekommen, da ich keinen Nutzen darin sehe, Benesch in Verlegenheit zu bringen. Das Deutsche Reich hat seine Intervention in der Reparationsfrage niemals angeregt und es wäre nicht wohlgetan, ihn glauben zu machen, als messe man ihm einen besonderen Einfluß bei.“ Bericht Koch s. oben Anm. 136.

¹³⁸ Vgl. Stresemanns Protest: PA, Stresemann an Gesandten (Ab.), Berlin 11. II. 24 (D 617687), 39, 1 RM.

¹³⁹ Bericht Koch: PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. II. 24, Ts 619 (L 120518 ff.), Po 2, 5 Ts.

¹⁴⁰ PA, Koch an AA (Or.), Prag 4. V. 24, Ts 1437 (L 120539 ff.), Po 2, 5 Ts.

¹⁴¹ Siehe oben Anm. 138.

¹⁴² Das Berliner Tagblatt publizierte am 18. März 1924 den Text eines angeblichen, geheimen französisch-tschechoslowakischen Militärabkommens, dessen Existenz sogleich dementiert wurde: PA, Müller an AA (Tel.), Bern 19. III. 24, (D 617696), 39, 1 RM; Koch an AA (Tel.), Prag 21. III. 24, (D 617702), 39, 1 RM; Hoesch an AA (Tel.), Paris 21. III. 24, (D 617704 f.), 39, 1 RM. Die Angelegenheit erregte großes Aufsehen und führte zur nachhaltigen Verstimmung Prags, vgl. Vondráček 218 f. nach Presseberichten. Vlastimil Tusar, der noch am 20. März in der Vossischen Zeitung einen langen Artikel gegen die „Enthüllungen“ publiziert hatte, erlag am 22. März unerwartet einem Herzleiden. Sein Nachfolger wurde der damalige Gesandte in Wien, Prof. Dr. Kamil Krofta.

aber dennoch den Eindruck entstehen ließ, daß die Öffentlichkeit ihm eine solche Doppelzüngigkeit durchaus zugetraut hätte.

Eine andere Einstellung der führenden tschechoslowakischen Politiker Deutschland gegenüber trat in einem Interview zutage, das Masaryk der italienischen Zeitung „Tribuna“ gewährt hatte¹⁴³. Hier wurde die finsterste Seite des deutschen Imperialismus beschworen, der Drang nach Osten prophetisch herausgestellt und als Gegenmittel die französische Politik und die Geschlossenheit der Kleinen Entente gelobt. Koch war über diese Entgleisung des sonst gemäßigten Staatspräsidenten entsetzt, der hier die Weltkriegspropaganda wieder aufleben ließ¹⁴⁴. Er konstatierte „Furcht und Haß“ als Grundelemente der tschechischen Haltung Deutschland gegenüber, verstand aber wohl den polemischen Ton nicht in der Weise, wie Masaryk ihn mit Richtung auf die Kleine Entente und Italien in einer Art Wunschdenken angestimmt hatte: hier eine Art Gegengewicht gegen das übermächtige, sich langsam aus der Tiefe der Niederlage herausarbeitende Deutschland zu schaffen. Mag man Masaryks Erklärungen auch kritisieren, so erwiesen die Bemerkungen des empörten Koch doch nachträglich Masaryks Analyse als nicht ganz falsch: „Die anmaßende Sprache des Vertreters eines 14-Millionenvolkes, von dem obendrein 1/4 aus Deutschen besteht, gegenüber dem 60-Millionenvolk der Deutschen reizt an sich zum Widerspruch. Dennoch scheint es mir besser, wenn das Deutsche Reich von heute, im Bewußtsein seiner augenblicklichen Machtlosigkeit, daran stumm vorübergeht. En attendant mieux.“ War es nicht vielleicht diese Arroganz der Macht in der Ohnmacht, die Masaryk hatte treffen wollen?

In der Unterredung, um die Koch nach Masaryks Interview bei Beneš nachgesucht hatte, trat das eigentliche Mißtrauen deutlich zutage¹⁴⁵. Koch beschuldigte den tschechoslowakischen Präsidenten der Scharfmacherei; Beneš verwies auf die Publikation gefälschter Dokumente, die „berechtigte Ressentiments“ erzeugt habe. „Ich habe Beneš erklärt, daß ich ihn immer darauf hinweisen müsse, daß die Dokumentenaffäre die natürliche Folge des vieldeutigen und gewollt abstrakten Vertrages mit Frankreich sei und habe hinzugefügt, daß nach der Erfahrung dieses Vertrages und vollends nach dem letzten Interview Masaryks Deutschland seinen Reisen und Friedensbeteuerungen nur mit wenig Vertrauen und mit Pessimismus zusehen könne. Er bestritt sehr lebhaft die Berechtigung einer solchen Mißstimmung. Siebenundzwanzig politische Auslandsreisen habe er in den letzten fünf Jahren gemacht, und auf jeder habe er als Nebenzweck die Beruhigung der Stimmung in Deutschland im Auge gehabt (!). So werde er es auch künftig halten.“ Koch glaubte ihm nicht; er sah nur die antideutsche Note in der tschechoslowakischen Politik und beschuldigte die ČSR der Frankreichhörigkeit, ohne an deren außenpolitische Lage viele Gedanken zu verschwenden. Das war auch nicht seine Aufgabe als Vertreter des Deutschen Reiches in Prag. Für Beneš stellte sich die Sache anders dar, da er die Vermittlungsversuche unternommen hatte, um seinem

¹⁴³ La Tribuna illustrata, Rom 2. V. 24, in PA, Po 2, 5 Ts. In diese Zeit fallen verschiedene Ansätze der tschechoslowakischen Politik, das traditionell schlechte Verhältnis zu Mussolini zu bessern; Beneš reiste dafür nach Italien (Ankunft in Rom am 16. V.).

¹⁴⁴ Siehe oben Anm. 140.

¹⁴⁵ PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. V. 24, Ts 1604 (L 120544 ff.), Po 2, 5 Ts.

eigenen Lande zu nutzen. Eine Erleichterung der deutschen Reparationslast stärkte die deutsche Wirtschaft und diente dem Frieden in Europa. Daran war die ČSR in erster Linie interessiert, aber als kleiner Staat stand sie in den europäischen Fragen am Rande der Bühne, gewissermaßen gleichzeitig den Capulets und Montagus verbunden.

Überblickt man den hier geschilderten Zeitraum der tschechoslowakischen Außenpolitik vom Sommer 1923 bis zum Frühjahr 1924, so kann man für Beneš eine Reihe von Erfolgen feststellen; und dennoch endet die Periode mit einem Mißerfolg. *Hatte sich Beneš in zu viele Probleme eingelassen oder hatte er die Möglichkeiten seines Staates überschätzt?*

Das Hauptkennzeichen seiner Außenpolitik war seine *persönliche Aktivität*. Beneš verstand seine Rolle als tschechoslowakischer Außenminister nicht als die eines Verwaltungsbeamten sondern als die eines Diplomaten. Würde man ein Itinerar seiner Reisen erstellen, so wäre er wohl fast die Hälfte der behandelten Zeit nicht in seinem Amtssitz Prag nachzuweisen. Die Gründe für diese Reise-lust darf man nicht nur in seiner persönlichen Unrast sehen, sondern in seiner Auffassung vom Sinn tschechoslowakischer Außenpolitik. Aktive Außenpolitik bedeutete für ihn, an den Brennpunkten des Geschehens selbst zu weilen: in Genf beim Völkerbund und in den Hauptstädten seiner Alliierten. Hier vertrat er die Interessen seines Landes direkt und in den Vermittlungsversuchen auch indirekt. Dies führte ihn zwangsläufig in viele Probleme ein, und seiner Persönlichkeitsstruktur kam es entgegen, überall aus logischen Überlegungen geborene Anregungen zu geben.

Die Folge einer solchen Aktivität ist aber, daß die meisten Tätigkeiten außerhalb der bürokratischen Routine bleiben und kaum ihren Niederschlag in den Akten finden. So kann man Benešs Meinung zu den wichtigsten Problemen auch am besten aus den Berichten seiner Gesprächspartner erschließen, wohl bedenkend, daß diese Meinung immer zu bestimmten Zwecken und *ad personam* geäußert wurde. Die vorhin gebrauchte Bezeichnung „Diplomat“ trifft für Benešs Tätigkeit nicht ganz zu; besser würde man ihn als einen internationalen Parlamentarier bezeichnen, dessen eigentliches Betätigungsfeld nicht zufällig der Völkerbund wurde. Die Aufenthalte in Prag galten der Ruhe, den grundsätzlichen Überlegungen, die ihren Ausdruck meist in Reden vor dem Parlament und seinen Auswärtigen Ausschüssen fanden. Seine Begabung aber entfaltete er in den Wandelgängen des internationalen Parlaments und bei Besuchen. Manches wird dort ins Unreine gesprochen, Ideen ausgetauscht und Diplomatie abseits der bürokratischen Trampelpfade gesucht. Dies führte aber dazu, daß Beneš in sehr viele Fragen verstrickt wurde, deren Lösung sich vielleicht nur in der Lobby des Völkerbundes als einfach dargestellt hatte. Letztlich fehlte Beneš der Überblick über die schwierige Prozedur des innerstaatlichen Durchsetzens von außenpolitischen Schritten. So scheiterte er in der Frage der *de jure*-Anerkennung der Sowjetunion im eigenen Land, und manche Schwierigkeit des polnisch-tschechoslowakischen Verhältnisses läßt sich hieraus erklären.

Man hat dem Sinne nach Beneš mit einem Kabinettspolitiker verglichen, der in

den Bahnen des 19. Jahrhunderts Politik machte¹⁴⁶. Darin steckt ein wahrer Kern, weil Beneš seine Außenpolitik von den Tagesereignissen in seinem eigenen Land loslöste. Er betrieb seine Politik aber in dieser Weise, weil er um die unsichere Struktur seines Staates genau wußte, und eine der Unsicherheiten war die mangelnde Erfahrung seines Landes mit auswärtiger Politik. Dem Prager Provinzialismus stellte er das absolute Gegenbeispiel entgegen, den westlichen, weitgereisten und weltoffenen Diplomaten. Seine Erfahrungen aus dem Weltkrieg stützten diese Einstellung. War er nicht als unbekannter junger Mann in Kontakt zu den mächtigen Männern der westlichen Allianz gekommen? Hatte er nicht mit seinen Analysen letztlich Recht behalten — gegen alle Unkenrufe im eigenen Lande — und hatte er nicht großen Anteil an der Verwirklichung des alten Traums von der Unabhängigkeit seiner Heimat? Die Verhältnisse in der ČSR wußte er unter der Kontrolle Masaryks und der ihn umgebenden „Burggruppe“. Diese hielt und stützte ihn gegen Anfeindungen jener Parlamentspolitiker, die mit seiner Konzeption nicht übereinstimmten oder sie nicht verstanden. Aber das hatten sie auch während des Krieges nicht getan!

Was mochte sich Beneš von seiner Vermittlungsdiplomatie erhoffen, und worin bestand deren Grundlage? Als Ziel seiner Außenpolitik hatte er in seiner Rede vom 30. Oktober 1923 genannt, „eine Politik des Friedens und des Wiederaufbaus, der Demokratie und der Sicherung der staatlichen Existenz“ zu betreiben¹⁴⁷. Die Formulierung ist so allgemein, daß sie jede nicht aggressive Politik eines Staatsmannes abdecken könnte. Neben der idealistischen Hoffnung, die Formen der Demokratie in die Außenpolitik einzuführen und die Demokratie überall zu verankern, ist die zweite Komponente der Aussage realistisch auf die Staatsräson ausgerichtet. Diese Staatsräson zwang Beneš jedoch, sich aktiv in die Lösung der außenpolitischen Probleme der Nachkriegszeit einzuschalten. Sein Staat stand zwischen den Fronten der Sieger und Besiegten wie kaum ein anderer Staat dieser Zeit. Alle internationalen Entscheidungen mußten ihre Rückwirkungen auf die ČSR haben, und dies nötigte ihn zu einer aktiven Beteiligung. Die Mittelstellung des Betroffenen und die engen Kontakte mit den westlichen Staatsmännern ermöglichten es ihm, die Vorstellungen des besiegten Deutschlands in Paris zu vertreten, wobei er ängstlich darauf bedacht war, nicht als Wortführer für Deutschland zu gelten. So hielt er sich aus den direkten Konflikten heraus und betonte seine Neutralität. Diese Neutralität entsprang gewiß keiner Vorliebe für Deutschland, sondern dem Bewußtsein der „Schicksalsgemeinschaft“ mit der Weimarer Republik. Diese hinwiederum hütete sich, Beneš etwa direkt einzuspannen, um eine Milderung der französischen Politik zu erreichen¹⁴⁸. Die Distanz von Deutsch-

¹⁴⁶ Reichert, Günther: Das Scheitern der Kleinen Entente. Internationale Beziehungen im Donauraum von 1933 bis 1938. München 1971 (Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Archivs in München 6).

¹⁴⁷ Beneš: Problémy 273.

¹⁴⁸ Für 1921 vermutete Gajan dagegen die Absicht der deutschen Regierung, die tschechoslowakische Vermittlung zu akzeptieren, so die Gespräche Tusar - Rathenau vom 16. III. 21, s. Gajan, Koloman: Die ČSR und die deutsche Frage (1918—1925). In: Die Entstehung 183—207, hier 196 ff.

land war die Voraussetzung, in Paris als Geschäftsführer ohne Auftrag auftreten zu können.

Die zweite Komponente seiner Vermittlungstätigkeit war seine enge persönliche und ideologische Bindung an Frankreich. Besieht man sich die Handelsbeziehungen seines Staates zu Frankreich, so fällt auf, wie gering die „materielle Basis“ dieser Beziehungen war, erreichte der französisch-tschechoslowakische Handel doch nur 2,5 Prozent des gesamten tschechoslowakischen Außenhandels im Jahre 1924¹⁴⁹. Dies hinderte Beneš aber nicht daran, die französische Republik in allem als Vorbild für die ČSR herauszustellen. Damit verpflichtete er sich Frankreich und umgekehrt. Das Ansehen der Tschechen in Paris hat wohl nie den Stand erreicht, den diese sich gewünscht hätten; beim Foch-Besuch in Prag und beim Besuch von Masaryk in Paris ist dies deutlich geworden. Aber Frankreich konnte in den alliierten Verhandlungen auf den Beistand seines tschechoslowakischen Alliierten zählen, und überdies brachte Beneš meist noch die Verbündeten der Kleinen Entente in seinem Gefolge mit. Beneš als Interpret und Verteidiger der französischen Politik in Mittel- und Osteuropa war für die französische Regierung eine politische Potenz, die man sich erhalten mußte. Daher besaßen seine Vorgesprachen in internem Kreis gewiß ihre Bedeutung.

Eine besondere Stellung wuchs Beneš dann zu, als die *Entente cordial* brüchig geworden war. Seine Vermittlungsversuche zwischen Paris und London verliehen ihm die Stellung eines „Sonderbotschafters“¹⁵⁰, dem es schließlich gelang, den Eklat zu vermeiden. Bei Antritt der Labour-Regierung aber mußte er sich für Frankreich entscheiden, und dies zu einem Zeitpunkt, als die Regierung Poincarés ins Wanken geraten war. In diesem Augenblick konnte Beneš keinen großen Einfluß mehr ausüben und glitt zurück ins zweite Glied, wo er fortan verbleiben sollte. Ein Ausbruch daraus wäre nur durch eine Neuorientierung seiner Außenpolitik möglich gewesen; dazu fehlten aber in den ersten Nachkriegsjahren die Voraussetzungen. Die Frage nach den Vorteilen und Ergebnissen für seinen Staat kann nur dahingehend beantwortet werden, daß es ihm durch seine Politik gelang, den *status quo* zu sichern. Wie prekär mußte er die Lage seines Staates sehen, wenn er eine defensive Politik mit solchem Aufwand trieb!

Bezeichnenderweise war der Adressat seiner Vermittlungsversuche fast immer Frankreich, der Staat, an den die Sicherheit seines eigenen Staates gebunden war. Wie ein Juniorpartner hat er immer wieder die Politik Frankreichs zu beeinflussen versucht, von deren Richtung sich seine eigene Bedeutung ableitete. Der Mißerfolg des Frühjahrs 1924 hat bestätigt, was Beneš schon anlässlich der Rückkehrversuche Karls nach Ungarn hatte erkennen müssen, daß er nämlich ohne französische Unterstützung rasch eine Niederlage erlitt. Aktive Außenpolitik war für Beneš eine von fremder Macht abgeleitete Politik. Im Frühjahr 1924 mußte Beneš erfahren, daß seine Vermittlungsversuche gescheitert waren, weil er als einzelner nicht die mächtigen politischen Komplexe — England, Frankreich, Italien, Sowjetunion, Deutschland — in Bewegung bringen konnte. War er damit in der Konzeption seiner Außenpolitik gescheitert?

¹⁴⁹ Přehled hospodářského vývoje 231.

¹⁵⁰ Hoensch: „Die Burg“ 41.

Zweifellos war er als Außenminister eines Kleinstaates erfolgreich geblieben. Die internationale Welt kannte ihn und schätzte wohl auch zumindest seine Meinung. Die Stimme der ČSR wurde überall vernommen, und dies diente gewiß nicht nur seinem persönlichen Prestige. Beneš trat auf der internationalen Bühne als eine Einmann-Großmacht auf, mußte aber in konkreten Situationen schmerzlich empfinden, daß ihm seine Hilfstruppen fehlten. Unter den Bedingungen der Pariser Friedensordnung hat er seinen Staat sicher durch alle Probleme geführt, und wer Beneš nur aus der letzten Phase her sieht, als er sich dem nationalsozialistischen Deutschland und seinen Hilfstruppen in der ČSR gegenüber sah, erkennt diese Leistung.

Als Völkerbundpolitiker hatte er nur so weit Erfolg, wie der Völkerbund selbst erfolgreich war. Die Übertragung von innenpolitischen Verfahren der Konfliktregelung auf die Außenpolitik mußte solange scheitern, wie keine Abtretung von Souveränitätsrechten erfolgte und keine wirksamen Sanktionsmöglichkeiten gegen Verstöße vorhanden waren. Vermittlungsversuche blieben nur Worte, wenn die Macht hinter ihnen zu gering war. Beneš nahm den Völkerbund sehr ernst und widmete ihm einen Großteil seiner Arbeitskraft, gegen den „*sacro egoismo*“ der Großmächte blieb dies aber wirkungslos.

Als Bündnispolitiker ist Beneš gescheitert. Die Kleine Entente blieb auf eine zu enge Basis gestellt und definierte ihre Ziele nur negativ mit dem Niederhalten Ungarns. Benešs Ungarnpolitik war letztlich kurzfristig, weil sie einen *status quo* verewigen wollte, der von Ungarn nie anerkannt wurde. Die Polen mit ihren Problemen hat Beneš nie richtig verstanden. Er mißtraute ihnen und demütigte sie; er trat Warschau gegenüber als Vertreter eines gefestigten Staates in überheblicher Weise auf und fürchtete zugleich den polnischen Führungsanspruch. Dazu kam, daß er in der Frage der Sowjetunion eine Schaukelpolitik betrieb, die keiner Seite richtig wehtun sollte, alle Probleme in der Schwebe ließ und damit schließlich alle Parteien vor den Kopf stieß. Den großen Wurf in der Bündnisfrage wagte er nicht zu tun: er liebäugelte mit England, stritt sich mit Italien und schwankte zwischen einer Festlegung auf und einer Distanzierung von Paris. So wurde er schließlich von allen verlassen, als er Hilfe von außen für seinen Staat am dringendsten benötigte.

Allerdings kann man sich klarmachen, was die Konsequenzen einer anderen Bündnispolitik gewesen wären. Eine Bindung an Deutschland schied aus, solange dieser Staat Objekt einer verständnislosen französischen Hegemonialpolitik blieb; nach Locarno bestand zunächst keine Notwendigkeit zu einer Neuorientierung, und das Hitlerdeutschland konnte nie ein Partner der ČSR werden; ferner sprachen die gesamte Tradition und die nationale Ideologie schon aus innenpolitischen Gründen gegen ein solches Bündnis.

Eine endgültige Bindung an Frankreich konnte angesichts dessen Deutschlandpolitik nicht in Frage kommen; Prag war für Paris nur ein Steinchen im diplomatischen Spiel, dessen Wert jeweils von der aktuellen Situation abhing¹⁵¹; und

¹⁵¹ Dies wird in den Verhandlungen vor und in Locarno deutlich, vgl. von Verf.: Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag.

als Satellit Frankreichs fühlte sich Beneš trotz seiner Neigung zur französischen Sprache und Kultur keineswegs¹⁵².

Eine Bindung an Polen wäre das Nächstliegende gewesen, konnte aber bei der unterschiedlichen historischen Entwicklung und den gegeneinander gerichteten Rivalitäten in seiner Generation kaum in Betracht kommen.

Ein Bündnis mit dem faschistischen Italien schied ebenso aus wie eine enge Anlehnung an die Sowjetunion.

So wäre nur eine Orientierung in die traditionelle Wirtschaftseinheit des Donauraums geblieben; aber über den Habsburgerkomplex ist im Vorstehenden bereits gehandelt worden.

Es war für Beneš kein leichtes Unterfangen, Außenminister der kleinen tschechoslowakischen Republik zu sein. Vom idealistischen Realismus blieb ihm schließlich nur der Realismus.

¹⁵² „Between France and Czechoslovakia existed a state of ‚adequate equality‘ as Beneš termed it“, Bř a c h : To the Origins 31.